



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

165. Sitzung, Montag, 26. April 2010, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 10899
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... Seite 10899
- Gratulation zu Wahlerfolgen..... Seite 10899
- Apéro zum Ende des Amtsjahres Seite 10900

2. Revision des Kantonsratsgesetzes vom 5. April 1981 sowie des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 15. März 1999

Motion der Geschäftsleitung vom 22. März 2010

KR-Nr. 80/2010, Entgegennahme, keine materielle

Behandlung..... Seite 10900

3. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2009

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 22. Februar 2010 und Antrag der AWU vom 14. April 2010

KR-Nr. 55a/2010..... Seite 10900

4. **Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2008/2009**

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 18. Januar 2010 und Antrag der AWU vom 10. März 2010

KR-Nr. [40a/2010](#)..... Seite 10917

5. **Strassenabwasserbehandlungsanlagen und Fruchtfolgeflächen**

Postulat von Michael Welz (EDU, Oberembrach), Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben) und Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) vom 19. April 2010

KR-Nr. [99/2010](#), Antrag auf Dringlichkeit..... Seite 10932

6. **Bewilligung eines Rahmenkredits für Regionale Verkehrssteuerung (Ausgabenbremse)**

Antrag des Regierungsrates vom 27. Mai 2009 und geänderter Antrag der KEVU vom 26. Januar 2010

[4603a](#)..... Seite 10934

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Fraktionserklärung der SP zum Thema «Lärm und volkswirtschaftliche Kosten»* Seite 10931
- Rücktrittserklärungen
 - *Rücktritt aus der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen von Bruno Walliser, Volketswil* Seite 10946
 - *Rücktritt aus dem Kantonsrat von Nicolas Galladé, Winterthur* Seite 10946
- Verabschiedung von Regierungsrätin Rita Fuhrer ... Seite 10948
- Einladung zum Apéro Seite 10954
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 10954

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf sechs Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. [23/2010](#), Fälschung und Betrug bei wissenschaftlichen Arbeiten
Andrea von Planta (SVP, Zürich)
- KR-Nr. [24/2010](#), Prämienexplosion wegen Investitionsstau?
Kaspar Bütikofer (AL, Zürich)
- KR-Nr. [25/2010](#), Verkürzung der Zahlungsfristen im Baubereich
Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)
- KR-Nr. [26/2010](#), Benken als grenzübergreifendes Atommüll-Lager?
Markus Späth (SP, Feuerthalen)
- KR-Nr. [27/2010](#), Abstimmung von REFA und Richtplanung
Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt)
- KR-Nr. [38/2010](#), 1000 zusätzliche Flugbewegungen während des Weltwirtschaftsforums (WEF)
Marcel Burlet (SP, Regensdorf)

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 164. Sitzung vom 19. April 2010, 8.15 Uhr

Gratulation zu Wahlerfolgen

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: An dieser Stelle gratuliere ich all jenen, die gestern neu gewählt oder wiedergewählt wurden.

Apéro zum Ende des Amtsjahres

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Im Übrigen teile ich Ihnen mit, dass ich im Anschluss an diese Sitzung einen Apéro spendieren werde, denn das ist die letzte Sitzung, die ich ganz leiten werde.

2. Revision des Kantonsratsgesetzes vom 5. April 1981 sowie des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 15. März 1999

Motion der Geschäftsleitung vom 22. März 2010

KR-Nr. [80/2010](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Die Geschäftsleitung des Kantonsrates ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Die Motion 80/2010 ist überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2009

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 22. Februar 2010 und Antrag der AWU vom 14. April 2010

KR-Nr. [55a/2010](#)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Präsidenten des Bankrates, Doktor Urs Oberholzer.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Wir führen zu Beginn eine Grundsatzdiskussion über den Kommissionsantrag 55a/2010 und die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Dann gehen wir den Kommissionsantrag in einer Detailberatung kapitelweise durch. Anschliessend ist das Wort frei für die einzelnen Kapitel des Geschäftsberichts der ZKB. Und am Schluss stimmen wir über das Geschäft ab.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): «Kurz soll diese Rede sein!», so der wiederkehrende Appell meiner Ratskollegen und -kolleginnen. Gemessen an der finanzpolitischen Bedeutung für den Kanton Zürich aber, ist sie viel zu kurz. So schreibt der Regierungsrat in seiner Medienmitteilung zum Sanierungsprogramm 2010: «Aufgrund der verbesserten Konjunkturaussichten geht der Regierungsrat zudem auch für 2012 und 2013 von einer erhöhten Gewinnablieferung durch die ZKB aus.» Damit ist die Gewinnausschüttung der Bank zum wichtigen Sanierungsstandbein des Regierungsrates geworden. Er rechnet mit der Parlamentsbank, obwohl die Festlegung der Ausschüttung im Kompetenzbereich des Bankrates – und nicht des Regierungsrates – liegt.

1870 hat der Kantons- und nicht der Regierungsrat eine Bank für die Bewohner und Bewohnerinnen unseres Kantons gegründet. Der Regierungsrat hatte damals kein Interesse. Die ZKB gehört als drittgrösste Schweizer Bank dem Volk des Kantons Zürich, vertreten durch den Kantonsrat.

War die ZKB 2009 in finanzieller, sozialer und ökologischer Sicht eine erfolgreiche Bank? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen. Sie stützte sich dabei auf die Einschätzungen von Rating-Agenturen, den Geschäftsbericht und die Rechnung 2009, den Revisionsbericht von Ernst & Young, Auskünfte der Verantwortlichen der Bank, die Bankratsprotokolle und Visitationen.

Ratings: Die Rating-Agentur Fitch Ratings hat am 23. April 2010 das AAA-Rating der ZKB bestätigt. Sie honoriert damit vor allem die solide Gewinnerwirtschaftung, das moderate Risikoprofil, die starke Eigenkapitalbasis sowie die Staatsgarantie der Bank. Gesamtschweizerisch ist die ZKB die einzige Bank, die über ein AAA-Rating von Fitch verfügt. Die ZKB ist viermal AAA-geratet: von Standard & Poors, von Moody's, von Fitch Ratings. Und das vierte AAA-Rating, das Nachhaltigkeits-Rating, ist sowohl vom eigenen Nachhaltigkeits-Research wie auch von unabhängigen Rating-Agenturen wie INrate/Centre Info, Sarasin und SAM bestätigt.

Kritiker werfen der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vor, sie sei unkritisch ZKB-begeistert. Diesen Vorwurf teilen wir gerne mit Unternehmen wie Standard & Poors, Moody's,

Fitch Ratings und den Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen. Wer hat schon ähnliche Referenzen?

Unsere Kantonalkbank ist dank kompetenten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, des ZKB-Gesetzes und einer Organisationsform, welche die Bank verpflichtet, den Bürgern und Bürgerinnen unseres Kantons nachhaltige Finanzdienstleistungen anzubieten, gut positioniert. Ihr Gewinn ist angemessen und auf nachhaltige und anständige Art und Weise erwirtschaftet. Diese Einschätzung ist in unserem Antrag [55a/2010](#) begründet. Darin sind folgende Bereiche reflektiert:

Geschäftsbericht 2009: Der Betriebsertrag beträgt 2234 Millionen Franken. Das ist das beste Resultat, das die ZKB je erreicht hat. Das Handelsergebnis ist mit 508 Millionen Franken eindrucklich, breit abgestützt und liegt höher als im guten Geschäftsjahr 2007. Gleichzeitig sind die Risiken reduziert worden. Die Gewinnausschüttung beträgt für den Kanton 220 und für die Gemeinden 110 Millionen Franken.

Leistungsauftrag 2009: Er ist erfüllt und seine Grundsätze durchdringen die Gesamtbank.

Eigenkapital der ZKB und neue Eigenmittelverordnung: Nach der Gewinnausschüttung verfügt die ZKB über ein Eigenkapital von 7,5 Milliarden Franken. Das ist doppelt so viel, wie die Bank aufgrund der alten und der neuen regulatorischen Vorschriften bräuchte.

Private Banking und der Kauf der Privatinvest AG: Laut Paragraph 8 des Gesetzes über die Zürcher Kantonalkbank sind für die ZKB Geschäfte in der übrigen Schweiz und im Ausland zulässig, sofern daraus keine unverhältnismässigen Risiken erwachsen und dadurch die Befriedigung der Geld- und Kreditbedürfnisse im Kanton nicht beeinträchtigt wird. Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen begleiten die Anschaffung der österreichischen Privatinvest AG kritisch. Es stellen sich die Fragen, ob es Aufgabe einer Kantonalkbank ist, Geschäfte im Ausland zu tätigen, ob sich Risiken für den Kanton Zürich aufgrund der Staatsgarantie ergeben und ob die Anschaffung der Salzburger Bank kompatibel mit dem ZKB-Gesetz ist.

IT-Projekte: Am 12. Mai 2009 fällt die Generaldirektion den Entscheid, die IT-Plattform der ZKB zu erneuern. Dies nach dem gescheiterten Versuch, diese Arbeit zusammen mit der Banque Cantonale Vaudoise, BCV, in Angriff zu nehmen. An die IT einer Universalbank von der Grösse der ZKB stellen sich hohe Anforderungen wegen der grossen Komplexität aufgrund verschiedener Prozesse, die vernetzt

sein müssen, um kundenfreundlich zu sein. Zudem gebührt der Datensicherheit besonderes Augenmerk. Daraus ergibt sich ein hohes Kostenrisiko. 2008 war die ZKB mit 412 Millionen Franken auf dem höchsten Punkt der Kosten für Betrieb und Entwicklung der IT angelangt. 2009 hat die Bank den Betrag auf 330 Millionen Franken gesenkt. Bis 2014 sollen es noch 280 Millionen Franken sein.

Neues Vergütungsmodell der ZKB per 1. Januar 2010: Die Finanzmarktaufsicht Finma hat am 21. Oktober 2009 ein Rundschreiben zum Thema verschickt. Es hat die ZKB in ihrer Strategie und geplanten Praxis bezüglich Vergütungsmodelle bestärkt. Das neue Vergütungsmodell betrifft die Generaldirektion und das höhere Management sowie ausgewählte Risikoträger im Bereich Handel und Kapitalmarkt. Neben den variablen Vergütungen wird neu eine langfristige, am nachhaltigen Unternehmenserfolg orientierte Vergütungskomponente, eine sogenannte Langzeitanwartschaft, eingeführt. Ein Teil der variablen Vergütungen wird erst nach zwei bis drei Jahren und nur bei Bewährung ausbezahlt.

Mitarbeitende der ZKB: Die Mitarbeitenden der ZKB sind mit ihrem Arbeitgeber sehr zufrieden. Die Personalfluktuation ist tief. Dieses gute Feedback der letzten Mitarbeitendenzufriedenheits-Befragung ist das Resultat von gezielten Personalförderungsmassnahmen.

Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen danken dem Bankrat und der Geschäftsleitung ZKB für die angenehme und offene Zusammenarbeit und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre ausgezeichnete Arbeit. Ohne ihren Beitrag wäre das gute Geschäftsergebnis 2009 nicht zustande gekommen.

Antrag: Die AWU hat die Rechnung und den Geschäftsbericht 2009 der Zürcher Kantonalbank zur Kenntnis genommen. Der Leistungsauftrag wird erfüllt und das Entschädigungsreglement der Mitglieder des Bankrates der ZKB ist eingehalten. Deshalb wird dem Kantonsrat beantragt, erstens Rechnung und Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2009 zu genehmigen, zweitens von der Gewinnverwendung gemäss gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Kenntnis zu nehmen, drittens die Bankorgane zu entlasten und viertens Ernst & Young AG als Revisionsstelle für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 zu bestätigen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Raphael Golta (SP, Zürich): Nach den Ereignissen der Vorjahre muss das ZKB-Jahr 2009 fast als langweilig angesehen werden, und das meine ich nicht im Geringsten abwertend. Sulzer, Ilisu und Finma-Untersuchung gehören der Vergangenheit an. Hinzu kommt ein sehr erfreuliches Resultat, wofür ich mich bei der Bankführung sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken möchte.

Wenn die ZKB etwas aus den Schlagzeilen verschwunden ist, so gilt das nicht für die Bankenbranche insgesamt. Die öffentliche Debatte der letzten Monate war geprägt von der Entschädigungspolitik einerseits, sprich: den Boni, und andererseits vom Umgang der Banken mit un versteuerten Geldern. Beide Themenfelder haben im letzten Jahr auch die AWU beschäftigt. Ich finde es durchaus positiv, dass sich die ZKB-Führung bemüht, in beiden Problemfeldern verantwortungsvoll zu agieren. Etwas unglücklicher bin ich hingegen über die Rolle, welche die ZKB in der öffentlichen Debatte einnimmt. So äusserte sich vor acht Tagen der CEO der ZKB, Martin Scholl, in einem Interview zur Entschädigungspolitik wie folgt: «Wir müssen unsere Entschädigungen weder begründen noch erklären.» Das sehe ich dezidiert anders. Die ZKB muss bereit sein, ihr Handeln in der Öffentlichkeit zu begründen und zu erklären und nicht im Rahmen von Kommissions-sitzungen. In der öffentlichen Debatte fehlt es aufseiten der Banken generell an glaubwürdigen Playern, welche den Graben zwischen Politik und Bankenwelt zu überbrücken helfen.

Mein Wunsch an die verbleibende Amtszeit des aktuellen ZKB-Präsidiums ist deshalb: Wenn die ZKB so vorbildlich ist, wie sie sich gerne darstellt, dann haben Sie auch nichts zu verstecken. Bringen Sie sich und die ZKB aktiv in die öffentliche Debatte rund um die Zukunft der Schweizer Finanzbranche ein!

Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf): Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht und die Rechnung 2009 der ZKB einstimmig genehmigen, den Bankrat und das Präsidium mit Doktor Urs Oberholzer entlasten und ihren Dank der Geschäftsleitung mit CEO Martin Scholl ausdrücken. Wir gratulieren der Bank zum ausserordentlich guten Resultat von 751 Millionen Franken Konzerngewinn. Die Bank erwies sich in dem für die Banken doch herausfordernden Jahr 2009 als ausserordentlich gut aufgestellt. Die Strategie mit den drei Ertragsteilen scheint aufzugehen. Der um 14,7 Prozent gesunkene Ertrag im Zinsgeschäft wurde gut aufgefangen durch einen um 7,8 Prozent gestiege-

nen Ertrag im Dienstleistungs- und Kommissionsgeschäft und eine Ertragssteigerung von 455 Millionen Franken im Handelsgeschäft. Das muss man ja zuerst fertigbringen! Das Handelsgeschäft wies somit im Jahr 2009 einen Spitzenwert auf. Mit einer Eigenkapital-Quote von 14,1 Prozent besitzt die Bank eine solide Basis. Natürlich spiegelt die ZKB in gewisser Weise auch den Ablauf der Wirtschaftskrise, flossen ihr doch im Jahr 2008 15,74 Milliarden Franken Neugelder zu, waren es im Berichtsjahr nur noch 3,47 Milliarden. Vor allem institutionelle Anleger haben offensichtlich, wie vermutet, die ZKB nur als vorübergehenden Ankerplatz benutzt. Ersichtlich aus den Zahlen ist auch, dass sich der Interbankenmarkt wieder entspannt hat. Das deutet darauf hin, dass sich das Vertrauensverhältnis unter den Banken wieder merklich verbessert hat. Auch eine sogenannte Kreditklemme hat es offensichtlich bei der ZKB nie gegeben. Laut CEO Martin Scholl war ein Wachstum bei den Krediten für KMU zu verzeichnen. Mit einem verwalteten Vermögen von 134,4 Milliarden Franken steigt die ZKB zur siebtgrössten Vermögensverwalterin der Schweiz auf.

Mit Interesse verfolgen wir als Kommission auch die Auslandstrategie mit dem Zukauf der kleinen Privatbank in Salzburg. Sie wird in ZKB umfirmiert und soll der Bank einen erleichterten Marktzutritt in den EU-Raum gewähren und die Möglichkeit, das Auslandsgeschäft nicht mehr nur aus der Schweiz zu betreiben, sondern in ausgesuchten Zielmärkten wie Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen. Wir sind gespannt.

Die Aufsichtskommission konnte sich in all ihren Sitzungen davon überzeugen, dass die Bank der Ausrichtung als Staatsbank Rechnung trägt – mit der klaren Erfüllung des Leistungsauftrags und des Nachhaltigkeitsauftrags. An den verschiedenen Sitzungen der Aufsichtskommission mit dem Bankratspräsidium, den Bankräten und der operativen Führung der Bank unter CEO Martin Scholl gewann ich den Eindruck, dass die Aufgaben, die unsere ZKB als Staatsbank hat, mit viel Professionalität und Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen werden. Umwelt und auch die Finanzkrise haben gezeigt und zeigen, dass dies nicht nur ein Lippenbekenntnis sein kann. Man kann als Bank mit der Priorität eines nachhaltigen Wachstums, einer immer besser werdenden Risikoorganisation und einer hohen Sozial- und Managementkompetenz durchaus sehr erfolgreich sein. Wenn auch immer behauptet wird, man könne gute Leute nur mit exorbitanten Bonussummen halten, zeigt sich hier, dass es auch anders geht. Die Mitarbeiter werden ihren Fähigkeiten entsprechend geschult und ge-

fördert. Die ZKB ist als Arbeitgeberin beliebt. Dies belegt auch die niedrige Fluktuationsrate.

Als Mitglied der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen ist mir sehr wohl klar, dass es nicht einfach ist, als Laie die Aufsichtspflicht über eine doch relativ grosse Bank wahrzunehmen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Wir sind jedoch auf eine gute, ehrliche Informationspolitik und Auskunftspflicht der Bank gegenüber uns als Kommission angewiesen. Da möchte ich vor allem dem Bankratspräsidenten, Doktor Urs Oberholzer, herzlich danken. Er orientiert uns sehr offen über viele Geschäfte. Es hat sich in den letzten drei Jahren ein gutes Vertrauensverhältnis aufgebaut. Dies erleichtert uns die Arbeit sehr und ist ein Zeichen gegenseitiger Wertschätzung. Wir freuen uns auf ein weiteres Jahr Zusammenarbeit mit Ihnen, Doktor Oberholzer.

Für die Zukunft sieht sich die ZKB selber gut positioniert. Für das laufende Jahr ist und wird eine Konjunkturerholung erwartet. Trotz anhaltender Unsicherheiten an den Finanzmärkten kann man zuversichtlich sein. Die ZKB erwartet ein anspruchsvolles Jahr mit einem guten Geschäftsergebnis. Dies freut wohl auch die Regierung, welche für den Kanton im Jahr 2010 bereits eine Gewinnausschüttung von 250 Millionen Franken ins Auge fasst. Dass das überhaupt so budgetiert werden kann, ist der soliden Ertragsbasis unserer ZKB zu verdanken.

Die FDP-Fraktion ist somit einstimmig für die Abnahme von Rechnung und Geschäftsbericht 2009 der Zürcher Kantonalbank. Sie dankt der gesamten Bank für die geleistete Arbeit im Jahr 2009 ganz herzlich und wünscht ihr viel Glück und Erfolg für die vielfältigen Herausforderungen im Jahr 2010.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Die Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, welche Bedeutung seriös arbeitende Banken mit einer soliden Eigenkapitalausstattung haben. Währenddem sich andere Institute im Jahr 2009 mehr oder weniger gut von der Katastrophe im Vorjahr aufrappeln konnten erwirtschaftete die ZKB den höchsten je erreichten Betriebsertrag. Natürlich hat die ZKB auch von ihrer Stellung als Staatsbank profitiert. Die Verantwortlichen haben aber aus vorangehenden Schwierigkeiten gelernt und ihr Haus insbesondere in Bezug auf die Risiken in Ordnung gebracht. Eine forcierte, aber risikobewusste Erschliessung neuer Geschäftsfelder mit einem starken Fokus auf Nachhaltigkeit gibt der ZKB die Möglichkeit, auf einer gesunden

Basis weiter zu wachsen. Die konsequente Umsetzung der Strategie scheint also ihre Früchte zu tragen. Weil die ZKB hervorragend mit Eigenmitteln ausgestattet ist, kann sie unabhängig der jährlichen Gewinnschwankungen Ausschüttungen innerhalb einer gewissen Bandbreite halten, was natürlich die Budgetverantwortlichen in Staat und Gemeinden freut. Angesichts dieser Tatsache werden aber trotz des erhofften Konjunkturaufschwungs die Ausschüttungen der ZKB kaum massiv steigen und daher, entgegen der Wunschvorstellung der Finanzdirektion, kaum zur Sanierung des Staathaushaltes eingesetzt werden können.

Im Rahmen der verantwortungsvollen Corporate Governance werden bei der ZKB die Interessen aller Anspruchsgruppen angemessen berücksichtigt. Hier muss die hervorragende Erfüllung des Leistungsauftrags erwähnt werden. Bei der ZKB ist der Leistungsauftrag kein Feigenblatt zur Daseinsberechtigung als Staatsbank. Die Erfüllung wird anhand einschlägiger und relevanter Messgrössen stets überprüft.

Die in den vorangehenden Jahren unaufhaltsam gewachsenen Informatikkosten konnten im Geschäftsjahr 2009 endlich unter Kontrolle gebracht und auch stark reduziert werden. Dass sich der Geschäftsaufwand trotzdem um knapp 3 Prozent erhöht hat, ist auf die hohe Steigerung der Personalkosten zurückzuführen. Der Ausbau der Geschäftsfelder benötigte anscheinend weitere personelle Ressourcen, womit sich wenigstens ein Teil der Personalkostensteigerungen erklären lässt. Das Zürcher Volk darf beruhigt sein: Bei der ZKB gibt es keine Boni-Exzesse. Die Vergütungen sind im Vergleich zu anderen Finanzinstituten moderat.

Die ZKB als solide Bank hat im Berichtsjahr wiederum vom Sicherheitsbedürfnis der Kunden profitiert. Es sind ihr nicht nur umfangreiche Mittel zugeflossen, sie ist dank ihrer Finanzkraft auch ein noch verlässlicherer und potenterer Partner für die Unternehmenswelt geworden. Ich möchte den verantwortlichen Organen des Bankrates und der Geschäftsleitung danken für die verantwortungsbewusste, weit-sichtige Führung. Aber auch alle anderen Mitarbeitenden unserer Kantonalbank verdienen einen Dank für ihren erfolgreichen Einsatz.

Die EVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, Rechnung und Geschäftsbericht der ZKB zu genehmigen. Vielen Dank.

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Beim ersten Blick auf den Jahresbericht bin ich bereits bei den 19 Wertbegriffen auf diesem Deckblatt

hängen geblieben. Die ZKB sagt, dass sie sich nach diesen Grundwerten ausrichtet und dass diese Werte den Kompass für das tägliche Handeln darstellen. Ich habe mich gefragt: Ist es überhaupt möglich, dass ein Unternehmen wie die ZKB all diese Werte wirklich leben kann oder ist dieses Ziel nicht zu hoch gesteckt und sind die Wertbegriffe schliesslich doch nur Schlagzeilen und Schlagworte? Aufgrund dieser Skepsis habe ich zwei dieser Wertbegriffe im Zusammenhang mit der Arbeit und dem Auftrag der ZKB genauer angeschaut.

Als Erstes: Vertrauen. Die ZKB hat mit einem Konzerngewinn von 751 Millionen Franken ein ausgezeichnetes Resultat erzielt. Zahlreiche neue Kundschaftsbeziehungen trugen zum Wachstum im Privatkontobereich und bei den Spar- und Anlagekonti bei. Im Hypothekargeschäft verteidigte die ZKB ihre marktführende Position. Ohne Vertrauen wären der Zuwachs an Kunden und dieses gute Resultat kaum möglich. Beim Begriff «Vertrauen» können wir also mit Überzeugung sagen, dass es sich nicht um ein Schlagwort handelt, sondern um einen Wert, den die ZKB ausstrahlt. Und das ist besonders in Zeiten von Banken- und Finanzkrisen enorm wichtig.

Als zweiten Wertbegriff habe ich die Nachhaltigkeit angeschaut. Die ZKB hat Nachhaltigkeit in allen Bereichen als Geschäftsprinzip verankert. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, in der Schweiz die führende Bank bezüglich Nachhaltigkeit zu sein. Sie hat den Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2009 auf nachhaltige KMU gelegt. Wir könnten uns vorstellen, dass sich die ZKB in diesem Bereich nicht nur in der Stadt Zürich, sondern auch noch in anderen Städten engagiert. Die ZKB hat das Ziel der vollständigen betrieblichen CO₂-Neutralität beinahe erreicht. Wir sind froh, dass sie dies nicht einfach nur mit dem Einkauf von CO₂-Kompensationsgutschriften angestrebt hat, sondern mit Massnahmen im eigenen Betrieb. Wir können also auch hier mit Bestimmtheit sagen: Nachhaltigkeit ist bei der ZKB kein Schlagwort, sondern ein zentraler Bestandteil der Geschäftsphilosophie.

Trotzdem bin ich persönlich überzeugt, dass all diese hier aufgeführten Werte nicht zu 100 Prozent umgesetzt werden können und dass die Aufsichtskommission auch nicht in alle Betriebszweige der ZKB gleich guten Einblick hat. Soweit ich es beurteilen kann, glaube ich aber, dass die ZKB alles daran setzt, diesen Werten nachzuleben und die Betriebsstrategie darauf auszurichten. Wir Grünen sind zuversichtlich, dass ihr dies weiterhin gelingt. Wir hoffen aber – und das ist uns ganz wichtig –, dass sie diese Werte, diese Grundwerte, auch in ihren Betrieben ausserhalb des Kantons Zürich und vor allem bei der Privata-

tinvest AG in Salzburg lebt. Wir sind nicht gegen Neuakquisitionen im Ausland, aber wir werden ein waches Auge darauf haben, dass eben diese Grundwerte auch dort eingehalten werden.

Einmal mehr können wir feststellen, dass das Modell «staatseigene Universalbank» ein Erfolgsmodell ist. Mit dem Leistungsauftrag verhindert er verantwortungsloses Handeln, Investitionen in Geschäfte mit zu hohen Risiken. Es verhindert, dass sich Bankmanager auf Kosten der kleinen Mitarbeitenden und der ganzen Bevölkerung bereichern können. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen, des Leistungsauftrags und des guten Eigenmitteldeckungsgrades der Zürcher Kantonalbank profitieren wir alle: Kundinnen und Kunden, die Gemeinden, jede Einwohnerin und jeder Einwohner in diesem Kanton und nicht zuletzt die Umwelt.

In diesem Sinn danke ich im Namen der Grünen dem Bankrat für die gute Zusammenarbeit und der Geschäftsleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZKB für die geleistete gute Arbeit. Die Grünen werden sowohl Geschäftsbericht wie Jahresrechnung genehmigen.

Walter Müller (SVP, Pfungen): Nach den Finanzmarkturbulenzen im Geschäftsjahr 2008 war man sehr gespannt auf das finanzielle Ergebnis der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2009. Nach meiner Auffassung hat die ZKB in diesem anspruchsvollen Umfeld ein sehr gutes Resultat erzielt. Der Konzerngewinn von 751 Millionen Franken hat unsere Erwartungen weit übertroffen. Wie im letzten Jahr angekündigt, erfolgt die Gewinnausschüttung der ZKB nach dem Grundsatz der Kontinuität. Erfreulich ist, dass die Ausschüttung an den Kanton und die Gemeinden doch noch etwas höher ausgefallen ist als im Vorjahr. In die Staatskasse fliessen 220 Millionen Franken, die 171 Gemeinden erhalten 110 Millionen Franken, das heisst 82 Franken pro Einwohnerin und Einwohner.

Zur Ausschüttung noch eine Nachbemerkung: Für die Gewinnausschüttung ist allein der Bankrat zuständig. Mit Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat, namentlich die Finanzdirektorin (*Regierungsrätin Ursula Gut*), im Sanierungsprogramm eine höhere Ausschüttung als im Budget des Vorjahres eingestellt hat. Es kann und darf nicht sein, dass mit einer solchen Massnahme ein moralischer Druck auf die Bank und den Bankrat ausgeübt

wird, die Ausschüttung zu erhöhen. Dies hat mit einem seriösen Sanierungsprogramm wenig zu tun.

Mit 7,5 Milliarden Franken oder anders gesagt 14,1 Prozent Eigenkapital ist die Kantonalbank im Vergleich mit anderen Banken gut positioniert, sehr gut positioniert und auch sehr gut kapitalisiert. Die SVP-Fraktion dankt dem gesamten Bankrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gute Geschäftsergebnis.

Unter dem Motto «Die nahe Bank» hat die ZKB die Beratung der Kunden weiter ausgebaut und verbessert. Ich möchte hier festhalten, dass wir vor lauter Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und CO₂-Neutralität sowie weiterer Regulierungen und Reglemente den gesetzlichen Leistungsauftrag der ZKB nicht vergessen dürfen. Das Kerngeschäft des gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsauftrags der ZKB besteht hauptsächlich darin, die Bevölkerung im Wirtschaftsraum Zürich mit gutem Geld, mit günstigen Krediten und Hypotheken sowie mit anderen Bankdienstleistungen zu versorgen. Zudem muss und soll unsere ZKB noch einen angemessenen Gewinn erzielen.

Noch ein paar Worte zum Kauf der Privatinvest AG in Österreich. Dieses Engagement werden wir kritisch verfolgen und werden uns vor allem über die Zusammensetzung der Bankleitung und die Zusammensetzung des Verwaltungsrates informieren. Gleichzeitig wünschen wir in Zukunft auch Auskünfte über die entsprechenden Risiken. Beim neu eingeführten Vergütungsmodell der ZKB per 1. Januar 2010 hat der Bankrat die Zeichen der Zeit erkannt und ein entsprechendes Reglement erstellt. Dieses garantiert nach dem heutigen Kenntnisstand eine leistungsorientierte, langfristige, nachhaltige und risikogerechte Entlohnung der Generaldirektion und des höheren Kaders. Auch diese Umsetzung werden wir überwachen.

Zum Schluss: Im Namen der SVP-Delegation in der Aufsichtskommission danke ich dem Bankpräsidium unter der Leitung von Doktor Urs Oberholzer, dem Bankrat und der Geschäftsleitung für die gute Zusammenarbeit. Wir bedanken uns auch für die offenen, umfassenden und glaubwürdigen Informationen. Wir hatten auch jederzeit die Möglichkeit, die Protokolle des Bankrates einzusehen, und konnten dazu die entsprechenden und kritischen Fragen stellen. Die SVP-Fraktion wird der Rechnung und dem Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank zustimmen. Wir bitten Sie, ein Gleiches zu tun. Ich danke Ihnen.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): Vertrauen, Zufriedenheit, Leistung, Menschlichkeit, Freude, Bescheidenheit, Anerkennung, Glaubwürdigkeit, Sicherheit, Beständigkeit, Respekt, Nähe, Unabhängigkeit, Kreativität, Verantwortung, Verlässlichkeit, Leidenschaft, Nachhaltigkeit, Freiheit sind die Werte, die der Zürcher Kantonalbank im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit wichtig sind. Sie finden diese auf der Titelseite des Geschäftsberichts 2009 unter der Überschrift «Gelebte Werte». Ein Unternehmen, das ein solches Leitbild wirklich lebt, muss erfolgreich sein. Dies auch in einem Jahr mit einem nach wie vor schwierigen Marktumfeld für den Finanzsektor. Trotzdem, der Konzerngewinn von 751 Millionen Franken war für fast alle überraschend. Nur der Regierungsrat schien dies vorausgesehen zu haben, hat er doch die entsprechenden Anpassungen bei der Gewinnausschüttung mit grossem Optimismus im Budget vorweggenommen. Die CVP hat grosse Erwartungen gegenüber der ZKB und hofft, dass die als gelebte Werte bezeichneten Grundsätze auch in einer Hochkonjunkturphase noch ihre Gültigkeit haben. Das gute Ergebnis wurde sicher auch dadurch begünstigt, dass die Verunsicherung der Kunden in Bezug auf die Situation der Grossbanken der ZKB wieder einen anderen Stellenwert verliehen hat. Die Staatsgarantie hat dabei keine unbedeutende Rolle gespielt.

Es sind aber nicht nur äussere Umstände, die zu einem erfolgreichen Geschäftsabschluss geführt haben. Die ZKB hat mit einer wichtigen strategischen Ausrichtung die Weichen zum Erfolg bereits viel früher gestellt. Dies kommt vor allem im Handelsgeschäft zum Ausdruck, wo man durch Minimieren des Risikopotenzials das gute Resultat von 2007 bereits wieder übertreffen konnte. Den guten Erträgen stehen eine leichte Zunahme des Geschäftsaufwands von 3 Prozent und eine grössere Zunahme beim Personalaufwand von 16 Prozent gegenüber. Letztere ist vor allem auf den Ausbau der Kundenberatung zurückzuführen. Erfreulich ist auch die Höhe des Eigenkapitals von 7,5 Milliarden Franken. Dies ist doppelt so viel, wie die ZKB gemäss Vorschriften ausweisen müsste.

Bei den gelebten Werten ist die Nachhaltigkeit hervorzuheben. Damit der Leistungsauftrag von allen Mitarbeitenden gelebt wird, wurde die Nachhaltigkeit über alle Ebenen, vom Konzernleitbild bis nach unten zu den funktionalen Strategien, verankert. Der Einsatz aller Mitarbeitenden, den vorgegebenen Leistungsauftrag optimal zu erfüllen, ist vorbildlich. Besondere Beachtung werden wir zukünftig den Aktivitäten der ZKB mit der im Laufe dieses Geschäftsjahres in Salzburg er-

worbenen Privatinvest AG schenken. Auch die Entwicklung der IT-Kosten, welche in diesem Jahr erfreulicherweise auf 330 Millionen Franken gesenkt werden konnten, ist ein wachsames Auge zu legen. Eine Zufriedenheitsbefragung der Mitarbeitenden der ZKB hat ein sehr positives Resultat ergeben. Es herrscht ein guter Geist in diesem Unternehmen, der ebenfalls wichtig für erfolgreiches Handeln ist.

Die CVP dankt allen Mitarbeitenden der Bank für die tollen Leistungen im Geschäftsjahr 2009 und beantragt dem Rat, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen und die Bankorgane zu entlasten. Persönlich möchte ich dem Bankrat, im Speziellen Doktor Urs Oberholzer, für die immer sehr offene und zuvorkommende Zusammenarbeit danken. Es hat wirklich Freude gemacht, Dankeschön.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die ZKB kann wiederum über ein erfolgreiches Geschäftsjahr berichten. Das nimmt die EDU mit Freude zur Kenntnis, denn das Umfeld war im vergangenen Jahr nicht überaus freundlich. Die Gewinnsteigerung um fast 50 Prozent wirkt beinahe utopisch. Die Folgen für den Kanton sind erfreulich und in den Zeiten der Sparkampagnen äusserst angenehm. Mit Zufriedenheit stellen wir zudem fest, dass die ZKB ein Bonussystem geschaffen hat, das sich am nachhaltigen Unternehmenserfolg orientiert und nicht kurzfristiges Gewinnstreben belohnt. Wir von der EDU gratulieren der Leitung, aber auch den vielen treuen und pflichtbewussten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese hervorragende Leistung. Es bleibt nun zu hoffen, dass der Kantonsrat ebenfalls bemüht ist, bestqualifizierte Personen in den Bankrat zu delegieren.

Wir wünschen der ZKB viel Erfolg. Machen Sie weiter so!

Urs Oberholzer, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank: Ich danke Ihnen im Namen des Bankrates und des Bankpräsidiums – viele sind hier anwesend (*auf der Tribüne*) –, ich danke auch im Namen der Geschäftsleitung, die heute anwesend ist durch den CEO und den Finanzchef, und ich danke auch im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZKB für die positive Würdigung unserer Tätigkeit und erreichten Resultate im letzten Jahr. Ja, in einem weiterhin schwierigen Umfeld hat die ZKB das letzte Geschäftsjahr erfolgreich abgeschlossen. Dazu haben massgeblich folgende Faktoren beigetragen: das grosse Vertrauen der Kundinnen und Kunden in die Kompetenz und Bonität der ZKB, unser Geschäftsmodell als Universalbank,

die strategische Positionierung mit drei Ertragsteilen, die im Jahr 2008 lancierte Wachstumsinitiative und deren erfolgreiche Umsetzung und die Professionalität, Kompetenz und das ausserordentliche Engagement all unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich hier auch nochmals herzlich danken möchte.

Ergebnisse und Tätigkeit sind ausführlich im Geschäftsbericht dargestellt worden. Sie wurden zusammenfassend kommentiert in den Berichten des Bankrates und der AWU. Folgende Kennziffern möchte ich nochmals in Erinnerung rufen:

Mit einem Betriebsertrag von 2,23 Milliarden Franken hat die ZKB im Jahr 2009 eine Rekordmarke erreicht. Der Bruttogewinn erhöhte sich auf rund 1 Milliarde Franken und der Konzerngewinn auf 751 Millionen Franken. Die Ausschüttung wird immer mit Freude zur Kenntnis genommen und jetzt gibt es eine Diskussion über die Ausschüttung. Dazu möchte ich Folgendes festhalten: Die Ausschüttung wird vom Bankrat in eigener Kompetenz jährlich neu festgelegt und er wird in seinen Entscheidungen von niemandem beeinflusst und schon gar nicht unter Druck gesetzt. Massgebend für die Höhe der Ausschüttung sind das jeweilige Jahresergebnis und die Eigenkapitalquote, das heisst das Verhältnis der risikogewichteten Aktiva zu den eigenen Mitteln. Mit diesem Vorgehen erreichen wir eine ungefähre Glättung der jährlichen Ausschüttungen. Damit ist eine gewisse Kontinuität gegeben und gibt den Gemeinden und dem Kanton grobe Anhaltspunkte für deren eigene Budgetierung, die mit der Bank indes noch nie abgesprochen wurde und auch in Zukunft nicht abgesprochen wird.

Aus Ihren Voten nehme ich drei Punkte auf, nämlich: das Deckblatt der ZKB über die Werte, dann ein Wort zur Auslandstätigkeit und schliesslich gehe ich auf den Aufruf von Raphael Golta ein, mich öffentlich zum Bankgeheimnis und die Steuerehrlichkeit zu äussern.

Zu den Werten: Die aufgeführten Werte gehören zur Wertekultur, die wir leben wollen in der ZKB. Es ist richtig, es sind hochgesteckte Ziele, dessen sind wir uns bewusst, und sie werden auch nicht jeden Tag von jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter erreicht. Es ist aber unser Ziel, nicht nur Schlagworte zu liefern, sondern diese Werte auch zu leben. Und wie sie gelebt werden können, sehen Sie in der Bebilderung des Geschäftsberichts, wo bei den einzelnen Personen die einzelnen Werte aufgeführt sind. Diese Werte zu leben, gilt auch für alle Gesellschaften im Konzern, also nicht nur in der Schweiz. Ich habe

gesagt: Es kann nicht jeden Tag erreicht werden, aber wir sind daran, diese allen bewusst zu machen und zu leben.

Zum Zweiten: die Auslandstätigkeit. Die ZKB darf nach Gesetz, nämlich Artikel 8 und 9 im ZKB-Gesetz, im Ausland tätig sein und darf auch im In- und Ausland Tochtergesellschaften gründen und führen. Wir dürfen dabei keine übermässigen Risiken eingehen. In den entsprechenden Reglementen ist dieser Grundsatz festgehalten und die Einhaltung wird laufend überprüft. Warum sind wir im Ausland tätig? Als Universalbank haben wir zwangsläufig Geschäft mit Auslandsbezug unserer Kundinnen und Kunden. Als Beispiel sei nur die Exportfinanzierung von Schweizer Unternehmen, insbesondere KMU, genannt. Die ZKB ist in der Zwischenzeit zum wichtigsten Ansprechpartner von Exportfinanzierung für Schweizer Unternehmen geworden.

Bankgeheimnis und Steuerehrlichkeit: Ich werde zuerst einige grundsätzlichen Aussagen zu Bankgeheimnis und Steuerehrlichkeit machen und dann auf die Strategie der ZKB eingehen. Die Diskussion um das Bankgeheimnis geht in die richtige Richtung, in die Richtung der Steuerehrlichkeit. Es geht um den Respekt vor der Steuerhoheit eines jeden Landes. Darauf müssen wir uns als Rechtsstaat einstellen. Die Zeiten, in denen die Schweiz glaubte, durch das fiskalische Geheimnis quasi eine höhere Moral in Anspruch nehmen zu dürfen, sind vorbei. Es steht uns als Rechtsstaat nicht zu, ausländische Bankkunden von der Steuerpflicht in ihrer Heimat befreien zu wollen. Darum ist es wichtig, dass die Schweizer Banken sich von ihrer bisherigen Politik verabschieden und das Bankgeheimnis entschlacken. Nur so lässt sich die schwer angeschlagene Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes Schweiz im Ausland zurückgewinnen. Das heisst jedoch nicht, dass das Bankgeheimnis für die Schweiz nicht auch in Zukunft wichtig wäre, ganz im Gegenteil: Das Bankgeheimnis wird auch in Zukunft dafür da sein, die Privatsphäre zu schützen, die Privatsphäre ehrlicher Bürgerinnen und Bürger. Das Bankgeheimnis als Steuerhinterziehungsgeheimnis hat jedoch ausgedient.

Zur Strategie der ZKB: Die ZKB setzt in ihrem Privatkundengeschäft klar auf Steuerkonformität. Die Bank hat dies bereits am Presselunch vom August 2009 kommuniziert und an der Bilanzpressekonferenz vom Februar 2010 erneut bekräftigt. Die Kunden müssen umdenken – die Kunden. Es empfiehlt sich, immer und überall steuerkonform zu sein. Die ZKB fragt den Steuerstatus ihrer Neukunden systematisch ab und die Antworten werden mit Rückfragen plausibilisiert. Kundinnen

und Kunden, die nicht steuertransparent sind, werden abgewiesen. Die ZKB schaut ihre Kundinnen und Kunden also sehr genau an – und nicht deren Geld –, denn diesem sieht man nicht an, ob es schwarz oder weiss ist.

Noch ungeklärt ist bei uns die Frage, wie die ZKB mit Altlasten un-
versteuerter Vermögen umgehen wird. Hier müssen wir einen Weg
finden. Da der Anteil ausländischer Kunden bei der ZKB marginal ist,
ist die ZKB vom Wegfall des fiskalischen Bankgeheimnisses weniger
betroffen als andere Banken. Die ZKB rät ihren Kunden jedoch auf
deren Anfrage, sich der Frage der Steuerdeklaration anzunehmen. Die
Verantwortung für die ordnungsgemässe Vermögensdeklaration liegt
jedoch beim Kunden und nicht bei der Bank. Schützenhilfe bei der
Bewältigung der Altlastenproblematik erhofft sich die ZKB aus der
Politik, sei dies nun über den Weg einer Abgeltungssteuer oder einer
Steueramnestie. In der Schweiz hat sich der Grundsatz der Selbstde-
klaration bewährt. Steuerehrlichkeit ist auch eine Kulturfrage. In der
Schweiz ist das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und
dem Staat sehr hoch. Der Staat vertraut seinen Bürgerinnen und Bür-
gern und genauso geht die ZKB auch mit ihren Kundinnen und Kun-
den um.

Wie sieht nun das laufende Geschäftsjahr aus? Der Start ins neue Jahr
war in allen Geschäftsbereichen solid. Wir haben ein ansprechendes
erstes Quartalsergebnis erreicht. Die Zahlen des ausserordentlich gu-
ten Quartalsergebnisses des Vorjahres wurden allerdings nicht er-
reicht. Wir sind für die Zukunft jedoch zuversichtlich.

Ich danke Ihnen für die Würdigung unserer Tätigkeit und vermerke
auch Ihre kritischen Äusserungen. Der AWU danke ich für den um-
fassenden, ausgewogenen und wohlwollenden Bericht über das Ge-
schäftsjahr 2009. Ich danke der Präsidentin der AWU und den Mit-
gliedern der AWU für die offene und konstruktive Zusammenarbeit.

Abschliessend empfehle ich Ihnen, dem Antrag des Bankrates und
dem gleichlautenden Antrag der AWU zuzustimmen, Jahresrechnung
und Geschäftsbericht über das Jahr 2009 zu genehmigen, die Gewinn-
verwendung zur Kenntnis zu nehmen, den Bankorganen für das Ge-
schäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen und die Ernst & Young AG als
Revisionsstelle für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 zu bestätigen.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

1. Bericht

2. Geschäftsabschluss 2009

3. Leistungsauftrag 2009

4. Eigenkapital der ZKB und neue Eigenmittelverordnung

5. Private Banking und der Kauf der Privatinvest AG

6. IT-Projekte

7. Neues Vergütungsmodell der ZKB per 1. Januar 2010

8. Mitarbeitende der ZKB

9. Abschliessende Bemerkungen

10. Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen

II., III., IV., V. und VI.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 145 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2009 zu genehmigen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Hiermit verabschiede ich Doktor Urs Oberholzer und wünsche einen schönen Tag.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2008/2009

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 18. Januar 2010 und Antrag der AWU vom 10. März 2010

KR-Nr. [40a/2010](#)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Verwaltungsratspräsidenten der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), Rolf Sägeser.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat gemäss EKZ-Gesetz Paragraf 9 den Auftrag, Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zu prüfen und dem Kantonsrat Antrag auf deren Genehmigung zu stellen.

An drei Kommissionssitzungen wurden Rechnung und Jahresbericht 2008/2009 der EKZ beraten. Daneben fanden Visitationen und Besichtigungen in verschiedenen Geschäftsbereichen der EKZ statt. Die Protokolle des Verwaltungsrates wurden geprüft und die Verantwortlichen der EKZ beantworteten während des ganzen Berichtsjahres die Fragen der Kommissionsmitglieder. Folgende Schwerpunkte wurden geprüft:

Strommarktöffnung: Am 1. Januar 2009 erfolgte die erste Etappe der Strommarktöffnung für die Kunden mit einem Jahresverbrauch über 100'000 Kilowattstunden. Damit haben diese neu die Freiheit, ihren Stromlieferanten zu wechseln. Um zu erfahren, inwiefern sich der grosse Aufwand für die Marktliberalisierung wirklich gelohnt hat, liessen die EKZ zum Verhalten der grossen Stromkunden in der Schweiz eine Studie durchführen. Die Resultate zu Wahrnehmung und Nutzen der Energieangebote im liberalisierten Markt sind ernüchternd. Ein Wechsel des Stromanbieters findet nur in vereinzelten Fällen statt. Einziger Treiber dafür ist der Preis. Die Grosskunden der EKZ beurteilen ihren Informationsstand und die Vorbereitung zur Marktöffnung durch die EKZ als gut.

Herkunft des Stroms: Die EKZ bezogen im Geschäftsjahr 2008/2009 98,8 Prozent des Stroms, etwa 6000 Gigawattstunden pro Jahr, von der Axpo AG, ehemals NOK. Gemäss Gründungsvertrag ist die NOK, heute Axpo AG, dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass immer genügend Strom zu annehmbaren Bedingungen vorhanden ist. Im Gegenzug müssen die EKZ gemäss Paragraf 6 des EKZ-Gesetzes ihren Bedarf an elektrischer Energie bei der Axpo AG decken. Neben dem Strombezug aus eigenen Anlagen und aus Werken Dritter gemäss Paragraf 7 EKZ-Gesetz sind die EKZ also abhängig von der Axpo AG

und dem Strommix, den diese anbietet, und den politischen Wünschen des Kantonsrates oder der Zürcher Bevölkerung entzogen. Der EKZ-Strom besteht aus 25,2 Prozent Wasserkraft, 74,7 Prozent Kernenergie und 0,1 Prozent übrigen erneuerbaren Energien.

Strompreis: Im Moment liegt der Preis für die Energie der Axpo AG unter dem Marktpreis, was von den EKZ direkt an die Kundinnen und Kunden weitergegeben wird. Die Strompreise sind im Vergleich zu denjenigen anderer Werke niedrig. Die EKZ haben ihre Strompreise nicht erhöht, weil sie nur so viel verdienen wollen, wie nötig ist, um als Unternehmen gesund zu bleiben und die langfristigen Investitionen tätigen zu können. Damit kommen die EKZ Paragraf 3 des EKZ-Gesetzes nach, das verlangt, dass die EKZ selbsttragend geführt werden müssen. In diesem Sinn werden die flüssigen Mittel in Erneuerung und Erweiterung des Stromverteilnetzes investiert. Nach Meinung der EKZ und der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen sind die Mittel hier zukunftsgerichtet und für eine sichere Stromversorgung des Kantons investiert.

Doppelauftrag Strom verkaufen und Strom sparen: Die EKZ bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Strom verkaufen und Strom sparen. Sie engagieren sich bei der Entwicklung von Produkten im Bereich Energieeffizienz und erneuerbarer Energien, mit der Umweltinitiative und dem Energiecontracting.

Eltop: Eines der wichtigen Standbeine der Dienstleistungen der EKZ ist Eltop. Einerseits erstellt und betreut Eltop Elektroinstallationen, andererseits betreibt Eltop Fachgeschäfte im ganzen Kanton Zürich. Sie befinden sich in der Nähe der Kunden und Kundinnen und sollen darum als dezentrale Ansprechpartner der EKZ und fachkundige Beratungsstellen zu Licht und Energie dienen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, passt man die Standorte und das Ladenraumkonzept der EKZ-Eltop-Fachgeschäfte den heutigen Bedürfnissen an. Einige defizitäre Fachgeschäfte werden in der Folge am 30. September 2010 aufgehoben und die weiterhin bestehenden Geschäfte saniert. Von den Ladenschliessungen sind 13 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen betroffen. Für nahezu alle wurde bis heute schon eine Lösung gefunden.

Zwei Preise gewonnen! Die EKZ haben den Swiss Leader Award gewonnen. Damit wurde die verbesserte Kommunikation ausgezeichnet. Die Unternehmenskultur wurde im Zusammenhang mit der schrittweisen Marköffnung überarbeitet, in einem dreijährigen Projekt weiter-

entwickelt und mit dem ersten Preis des Swiss Leadership Forums prämiert. Wir gratulieren.

Risikomanagement: Seit ein paar Jahren betreiben die EKZ ein systematisches Risikomanagement. Risikohafte Entwicklungen und Sachverhalte sollten deshalb rechtzeitig und systematisch erkannt werden und eine transparente Auseinandersetzung mit Gefahren kann stattfinden. Zu den Toprisiken für die EKZ gehören zum Beispiel ein grossflächiger, lang anhaltender Stromausfall aufgrund technischer oder menschlicher Pannen innerhalb der EKZ, ein von den EKZ selbst verschuldetes Verpassen von Wachstumschancen und eine politische Übersteuerung durch Eigner und Regulatoren. Aus Sicht der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen bewegen sich die EKZ mit letzterem Risiko im beabsichtigten Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Unternehmen im Besitz des Kantons Zürich und der Politik.

Antrag: Vom Bericht der Revisionsstelle Pricewaterhouse Coopers AG und dem Antrag an den Kantonsrat des Kantons Zürich, datiert vom 30. November 2009, hat die Kommission Kenntnis genommen. Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen danken dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung EKZ für die angenehme und offene Zusammenarbeit und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EKZ für ihren Einsatz zum Wohle des Kantons Zürich. Die Kommission hat die Rechnung 2008/2009 und den 101. Geschäftsbericht der EKZ gemäss ihrem Auftrag geprüft, nimmt sie zur Kenntnis und beantragt dem Kantonsrat deren Genehmigung. Sie beantragt von der Gewinnverwendung gemäss gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Kenntnis zu nehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Der Geschäftsbericht der EKZ gehört zu den Routinegeschäften in diesem Rat. Etwas zu Unrecht. Gern wird dabei vergessen, dass wir hier von einer Institution mit immerhin 1,7 Milliarden Franken Bilanzsumme, 759 Millionen Franken Umsatz, 1443 Mitarbeitenden und 278'000 Kunden reden. Ein Unternehmen oder, genau gesagt, eine selbstständige öffentliche Anstalt in dieser Grössenordnung erfolgreich zu führen, ist keine Selbstverständlichkeit und verdient die Aufmerksamkeit der Aufsichtsbehörde. Deshalb geht vorab unser Dank an die Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat, aber auch alle Mitarbeitende, seien sie im Kundendienst, in den Lä-

den, mit innovativen Projekten oder mit dem Unterhalt der Stromnetze beschäftigt. Es ist deshalb richtig, dass sich der Kantonsrat zumindest einmal im Jahr etwas ausführlicher mit den EKZ befasst.

Die EKZ erfüllen ihren gesetzlichen Auftrag, die Stromversorgung im Kanton Zürich sicherzustellen, auch in der Berichtsperiode zuverlässig und wirtschaftlich. Viel war im Jahr 2009 von der Strommarktöffnung die Rede. Kunden mit einem Verbrauch von über 100'000 Kilowattstunden – die Kommissionspräsidentin hat es bereits erwähnt – können ihren Lieferanten seit Anfang 2009 selber wählen. Die EKZ haben sich sehr gewissenhaft auf diese neue Herausforderung vorbereitet. Doch die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass nur sehr wenige Grosskunden davon Gebrauch machten. Die EKZ haben zur Erforschung des Marktverhaltens eine Studie bei ihren grossen Kunden durchgeführt. Die Resultate waren für die Liberalisierungsbefürworter ernüchternd. Ein Wechsel des Stromanbieters findet nur in vereinzelten Fällen statt. Einziger Treiber dafür ist der Preis. Bessere Dienstleistung, Versorgungssicherheit und Umweltfreundlichkeit spielen eine marginale Rolle. Die Kunden attestieren hingegen der EKZ, sich optimal auf die Marktöffnung vorbereitet zu haben.

Die SP-Fraktion teilt diese Einschätzung. Das Image der EKZ ist besser als dasjenige der schweizerischen Strombranche insgesamt. Die Strompreise bei den EKZ sind im schweizweiten Vergleich niedrig. Die SP-Fraktion sieht sich in dieser Entwicklung darin bestätigt, dass diese Marktöffnung kein wirkliches Kundenbedürfnis ist, weil sich der Stromverbrauch auch nicht sehr gut eignet, um freien Wettbewerb zu praktizieren, abgesehen von den energiepolitischen Nebenerscheinungen, die wir nicht wollen.

Ein Dorn im Auge ist uns natürlich auch die hohe Abhängigkeit von der Kernenergie. Knapp 75 Prozent der Energie stammen aus der Kernenergie. Zusammen mit den 25 Prozent Wasserkraft bleibt da nur ein Promille für erneuerbare Energien, sei es Biogas, Biomasse und Klärgasanlagen oder die Sonnenenergie. Bei Letzterer sind insbesondere die Referenzanlage für Photovoltaikmodule und das mobile Solarlabor hervorzuheben, wo die EKZ zusammen mit weiteren Partnern, etwa der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Pionierarbeit leistet. Die Anstrengungen der EKZ in diesem Bereich würdigen wir durchaus, doch müssen wir hier die Proportionen sehen: Erneuerbare Energien spielen eine marginale Rolle im Verbrauch.

Zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den EKZ als Arbeitgeberin. Der Personalbestand ist in der Berichtsperiode um knapp 5 Prozent gewachsen auf 1443 Mitarbeitende; dies, wie im Vorjahr, weil die Strommarktöffnung Fachleute für neue Tätigkeiten erfordert. Erfreulich ist hier sicher, dass gleichzeitig auch die Zahl der Ausbildungsplätze nochmals zunahm. So zählten die EKZ im Sommer 2009 insgesamt 170 Lernende in Berufen wie Netzelektriker, Elektroinstallateure, Montageelektriker, Elektroplaner, aber auch Logistiker, Kaufleute, Detailfachleute, Koch und Telematiker. Die EKZ scheinen auch Wert auf gute Qualität ihrer Ausbildung zu legen, konnten doch alle 37 Lehrabschlussabsolventen ihre Prüfungen erfolgreich ablegen. Hier kommen die EKZ ihrer Aufgabe als öffentlichem Unternehmen nach, was wir gerne anerkennen. Grösser dürfte nach Ansicht der SP-Fraktion der Frauenanteil im Kader sein. Dieser ist mit 9,3 Prozent recht tief und im Berichtsjahr nochmals zurückgegangen.

Alles in allem ist die SP-Fraktion mit der Tätigkeit der EKZ im Rahmen ihres Handlungsspielraums zufrieden und beantragt, den Anträgen der AWU zu folgen und Rechnung und Geschäftsbericht der EKZ zu genehmigen.

Walter Müller (SVP, Pfungen): Auf den 1. Januar 2009 erfolgte die erste Etappe der Strommarktöffnung für Kunden mit einem Strombezug von über 100'000 Kilowatt. Die Wahrnehmung und Nutzung dieses Angebotes für einen Wechsel des Stromanbieters sind ernüchternd. Dieser Wechsel fand nur in Einzelfällen statt. Aus dem Bericht können Sie entnehmen, dass der EKZ-Strom zu 25,2 Prozent aus Wasserkraft, 74,7 Prozent aus Kernenergie und lediglich 0,1 Prozent aus erneuerbarer Energie besteht. Würde dieser Anteil auf 10 Prozent erhöht und durch eine kostendeckende Einspeisevergütung durch Quersubventionierung bezahlt, würde das den normalen Strom so erheblich verteuern, dass dies gravierende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft hätte. Dies muss wieder einmal gesagt werden, damit wir nicht blauäugig in die Zukunft marschieren. Wir müssen realistisch bleiben und das Wünschbare vom Machbaren trennen und das überdenken. Wir unterstützen deshalb auch alle Anstrengungen der EKZ im Bereich der Energiesparmassnahmen und der Energieeffizienz.

In diesem Jahr wird die Restrukturierung bei den Ladengeschäften abgeschlossen sein. Erfreulich die Tatsache, dass für fast alle betrof-

fenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Lösung gefunden werden konnte.

Erneut nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass die Elektroinstallationsfirma Eltop gut gearbeitet hat und der Geschäftsgang zufriedenstellend war. Wir danken dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung für die immer korrekten und umfangreichen Auskünfte. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäftsbericht und der Rechnung 2008/2009 zustimmen. Ich danke Ihnen.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Den Verantwortlichen der EKZ ist zu attestieren, dass sie die Entwicklungen im Strommarkt und die Auflagen des Regulators professionell analysieren und für ihr Geschäft als Energieverteiler sowohl im operativen als auch im strategischen Teil richtig antizipieren. Die EKZ unterstützen erfolgreich verschiedene Projekte zur effizienten Stromanwendung und zur alternativen und umweltschonenden Energiegewinnung. Hier ist zum Beispiel die gezielte Förderung von Solaranlagen für die Warmwasseraufbereitung zu nennen. Sie ist ökonomisch und ökologisch sehr sinnvoll. Im Bereich der Photovoltaik betreiben die EKZ eine Referenzanlage, die es erlaubt, die verschiedenen Technologien und Qualitäten der Solarpanels zu untersuchen. Durch den Innovationsfonds werden Firmen unterstützt, die daran arbeiten, die Produktionskosten für Photovoltaik-Module zu senken. Dies ist ein wichtiger Beitrag, damit hoffentlich dereinst diese Technik zum Durchbruch gelangen kann. Nur wenige Kunden sind leider bereit oder in der Lage, für Solarstrom einen viel höheren Preis zu bezahlen. Darum müssen hier noch Fortschritte erzielt werden. Dass die EKZ für die Innovation und weniger für die Subvention Mittel einsetzen, ist sehr begrüßenswert. Mit dem professionell betriebenen Energiecontracting bringen die EKZ eine marktgerechte Dienstleistung und fördern zugleich die Nutzung erneuerbarer Energien. Weiter erkennt man bei den EKZ richtig, dass die Netze nicht stiefmütterlich behandelt werden dürfen. Die hohen Investitionen in die Netzinfrastruktur garantieren die hervorragende Netzverfügbarkeit. Diese Errungenschaft muss auch in einem liberalisierten Markt erhalten bleiben, weil sie nicht zuletzt für die Wirtschaft einen wichtigen Standortvorteil bietet.

In ihrer Rechnung 2008/2009 legen die EKZ solide Zahlen vor. Gegenüber dem Vorjahr konnte der EBIT fast verdoppelt werden. Zusammen mit dem stark verbesserten Finanzergebnis ergibt dies einen

respektablen Unternehmensgewinn. Die Finanzkrise hat leider auch im umfangreichen Wertschriftenportfolio der EKZ Spuren hinterlassen. Insgesamt haben wir aber bei den EKZ eine sehr starke Bilanz mit enormen Reserven. Diesem über Jahrzehnte geöffnerten Schatz muss Sorge getragen werden.

Zusammenfassend darf gesagt werden: Die EKZ setzen sich intensiv mit den Veränderungen im Strom- und Energiemarkt auseinander. Sie haben die dafür notwendigen Kompetenzen aufgebaut und geeignete Massnahmen ergriffen, sodass sie auch in Zukunft ein wichtiger Player in ihrem Geschäft bleiben können. Finanziell geht es darum, die Substanz zu erhalten und sinnvoll zu nutzen. Ich möchte dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung danken für die weitsichtige Führung unseres Energieunternehmens EKZ. Die EVP-Fraktion stimmt der Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts 2008/2009 zu. Ich danke Ihnen.

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Aus der Sicht der Grünen ist es den EKZ gelungen, mit diesem attraktiv gestalteten und gut lesbaren Bericht viel Wissenswertes über das Stromgeschäft ganz im Allgemeinen und wertvolle Informationen über das Unternehmen EKZ zu vermitteln. Uns Grüne hat besonders interessiert, wie die EKZ mit der Stromliberalisierung und deren Folgen umgegangen sind, wie die EKZ den minimalen Spielraum bezüglich Strombezug genutzt haben und wie sich ihre Unternehmenskultur weiterentwickelt hat.

Im Berichtsjahr hat sich der Strommarkt für die Grosskunden zum ersten Mal geöffnet. Man konnte also gespannt sein, wie die Kunden darauf reagieren und wie sich die Preise entwickeln. Mit Genugtuung haben wir festgestellt, dass die EKZ gut auf die Strommarktöffnung vorbereitet waren. Sie haben ihre Kunden besser und kompetenter darüber informiert als andere Anbieter. Durch die bessere kundenorientierte Preis- und Informationspolitik der EKZ konnte sie einen Marktvorteil erlangen. Sie hat die Marktöffnung als Gelegenheit genutzt, die Kunden über neue Produkte und Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien, zu informieren. Das hat uns besonders gefreut. Dieser Mehraufwand in Sachen Kommunikation, Information und Beratung hinterliess bei den EKZ Spuren auf der Kostenseite. Der Personalaufwand hat um 6,1 Millionen Franken zugenommen. Diese Kosten kumulierten sich mit der Finanzkrise und beeinflussten das Finanzergebnis negativ. Wir

hoffen, dass sich diese Situation mit der Erholung der Finanzmärkte bald verbessert.

Wir haben festgestellt, dass sich die EKZ zum Ziel gesetzt haben, nicht nur einfach Strom zu verkaufen, sondern ein Energiedienstleistungsunternehmen zu sein. Es entstanden Produkte im Bereich erneuerbarer Energien, Energiewochen, die CO₂-Kompensationsplattform, die Umweltinitiative und so weiter. Wir unterstützen die EKZ im Anliegen, die Kundinnen und Kunden dafür zu sensibilisieren, dass der Strom nicht einfach endlos fliesst, sondern dass er ein wertvolles Produkt ist, dem man Sorge tragen muss. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich die EKZ in diesem Bereich so engagieren, bewegt sie sich doch im Spannungsfeld zwischen Stromverkauf und Stromsparen. Trotz dieser Bemühungen ist es ernüchternd festzustellen, dass vor allem die Grosskunden nicht wirklich interessiert sind, woher der Strom fliesst. Hauptsache, er ist billig und stets vorhanden. Wir freuen uns, dass der winzige Anteil des EKZ-Stroms, der nicht von der Axpo kommt, in Kleinwasserkraftwerken mit höchstem schweizerischem Umweltstandard produziert wird und bald auch aus dem Holzkraftwerk Aubugg stammt. Ich persönlich freue mich besonders, dass die EKZ in einem Pilotprojekt bei 1000 Kunden in Dietlikon einen intelligenten Stromzähler, den sogenannten Smart-Meter, installieren wollen. Wir Grünen haben dieses Vorhaben im Juni 2009 in einer Motion gefordert.

Die EKZ haben sich nicht nur gegen aussen engagiert, sondern haben sich auch mit der eigenen Unternehmenskultur beschäftigt. Ziel war es, Werte wie zum Beispiel «leistungsfähig», «zuverlässig» und «offen» bei allen Mitarbeitenden zu verinnerlichen. Dass dieser Prozess durch den Swiss Leader Award ausgezeichnet wurde, war für die EKZ natürlich das Tüpfchen aufs «i». Auch wir gratulieren zu diesem Preis. Zum Schluss noch ein paar allgemeine Bemerkungen: Einmal mehr können wir feststellen, dass die EKZ den gesetzlichen Vorgaben gefolgt ist und den Leistungsauftrag erfüllt hat. Einmal mehr müssen wir feststellen, dass die EKZ bezüglich des Strombezugs fast zu 100 Prozent der Axpo ausgeliefert ist und keine Möglichkeit hat, den Stromanteil aus erneuerbaren Energien zu erhöhen. Die Zahlen 25,2 Prozent Wasserkraft, 74,7 Prozent Kernenergie und 0,1 Prozent erneuerbare Energien sprechen da eine deutliche Sprache. Für uns Grüne ist und bleibt dies eine unbefriedigende Situation und – das möchte ich auch noch sagen – wir sind wirklich nicht glücklich über die Werbekam-

pagnen der Axpo, die vor allem Produkte aus Atomenergie anpreisen. Wir werden an diesem Thema dranbleiben.

Einmal mehr dürfen wir allen Verantwortlichen der EKZ und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit herzlich danken. Im Namen der Grünen beantrage ich Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen.

Jörg Mäder (GLP, Opfikon): Die EKZ blicken auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr zurück, was uns natürlich freut, nicht zuletzt, weil bei den EKZ auch Umweltpolitik gemacht und gefördert wird. Der Versuch, LED für die Strassenbeleuchtung einzusetzen, zeigt beispielsweise, dass die EKZ zukunftssträchtige Entscheide fällen. Dass dieses umweltbewusste Verhalten auch von den Kunden begrüsst wird, zeigt sich auch im steigenden Absatz der Produkte «Naturstrom» mit 4,5 Prozent und «Aquastrom» mit 34 Prozent Zuwachs.

Der nach wie vor starke Fokus auf Atomstrom ist aus unserer Sicht weniger zukunftsweisend. Nach wie vor ist die Endlagerung ungelöst, sind die Risiken nicht gedeckt – im Notfall springt ja der Staat ein – und es besteht eine starke Abhängigkeit gegenüber dem Ausland. Auch die ökologische wie ökonomische Bilanz ist, über den gesamten Lebenszyklus gerechnet, alles andere als vorbildlich. Denn diese beinhaltet sowohl die vom Bergbau für die Gewinnung der Rohstoffe verursachten Schäden als auch die Entsorgung von stillgelegten AKWs. Nur weil es noch dreckigere Varianten gibt, Strom zu produzieren, heisst das noch lange nicht, dass Atomstrom eine gute Wahl ist.

Und es gibt bessere Alternativen. Insbesondere bevorzugt die Grünliberale Partei inländische Energiequellen sowohl aus ökologischen als auch aus politischen, aber auch aus ökonomischen Gründen, da die Wertschöpfung in der Schweiz stattfinden würde.

Am allerbesten ist natürlich immer noch die Energie, die man dank Effizienz erst gar nicht verbraucht. Hierbei befinden sich die EKZ natürlich in einem kleinen Dilemma. Als Unternehmer freuen sie sich über grössere Stromabsätze, andererseits stellen sie ihre Bemühungen zum Thema «Effizienz» zu Recht ins Rampenlicht. Hier wären allenfalls neuere Modelle, die Energieabsatz und -gewinn voneinander entkoppeln, zu prüfen. Ganz klar muss man dazu aber auch beim Kunden ansetzen. Dort gilt es aus Verbrauchern – nomen est omen – Nutzer zu machen. Schlussendlich sind wir als Kunden ja primär am Nutzen der Energie und nicht an deren Verbrauch interessiert.

Die Grünliberale Fraktion beantragt, Bericht und Rechnung der EKZ zu genehmigen. Ich danke Ihnen.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): Wenn wir ehrlich sind, hätten wir von der Strommarktliberalisierung etwas mehr erwartet. Von 1600 marktberechtigten Kunden der EKZ haben lediglich zwei Kunden Netzzugang im Versorgungsgebiet beantragt. Die EKZ haben sich auf die Marktöffnung gut vorbereitet; dies ist ausserordentlich wichtig, weil der Druck des Regulators auf die Netzpreise längerfristig nur die effizientesten Elektrizitätswerke überleben lassen wird. Mittelfristig wird dieser Druck die Preise ansteigen lassen. Damit haben die Kunden sicher nicht gerechnet. Ernüchternd ist auch, dass die Motivation, den Stromlieferanten zu wechseln, in erster Linie durch den Preis bestimmt wird. Ein grösseres Dienstleistungsangebot, die Versorgungssicherheit oder die Umweltfreundlichkeit des Anbieters haben nur wenig Gewicht. Dies geht aus einer Studie hervor, welche die EKZ bei den grossen Stromkunden der Schweiz durchführen liess, um mehr über das Kundenverhalten zu erfahren. Im Quervergleich sind die Strompreise der EKZ zu anderen Anbietern eher niedrig. Das kommt daher, dass die EKZ nur so viel Gewinn erwirtschaften müssen, damit das Unternehmen langfristig eine gesunde Basis hat. Nach wie vor investieren die EKZ erheblich in den Unterhalt ihres Netzes, um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten.

Einen markanten Zuwachs konnten die EKZ beim Energiecontracting verzeichnen. Der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern erfreut sich einer grossen Nachfrage. Auch sind bereits mehrere Pilotanlagen mit verschiedenen erneuerbaren Energieträgern in Betrieb. Mit dem Holzheizkraftwerk Aubrugg soll eine der grössten Anlagen der Schweiz in diesem Bereich entstehen. Die EKZ investieren zusammen mit ihren Partnern rund 60 Millionen Franken bei diesem Projekt.

Grosse Anstrengungen werden auch für den effizienten Einsatz der Energie gemacht. Die EKZ engagieren sich bei verschiedenen Produktentwicklungen. Sie betreiben aktiv Wissensvermittlung und unterstützen auch die Hochschulen bei Forschungsprojekten. Selber betreiben sie eine Referenzanlage mit Photovoltaikmodulen.

Ein wichtiges Standbein der EKZ ist Eltop. Mit diesem Netz von Fachgeschäften kann die Kundennähe aufrechterhalten werden. Vermehrt wird in diesen Fachgeschäften auch ein Schwergewicht auf die

Beratung gelegt. Trotz schwierigen Marktumfeldes infolge Rückgangs des Konsums ist der Geschäftsgang bei Eltop zufriedenstellend.

Der Unternehmensgewinn der EKZ ist von 25 Millionen im Vorjahr auf 63 Millionen Franken angestiegen. Gleichzeitig erhöht sich der Energieumsatz um 1,2 Prozent. Erfreulich ist auch in diesem Geschäftsjahr festzustellen, dass die Anzahl der Lernenden um 4 Prozent zugenommen hat. Die EKZ betreiben ein systematisches Risikomanagement. Dieses befasst sich mit zukünftigen Ereignissen, Handlungen und Veränderungen von Rahmenbedingungen, die die Geschäftsziele negativ beeinflussen könnten. Die CVP anerkennt die innovativen Aktivitäten der EKZ, sich nicht nur auf den Stromverkauf zu konzentrieren, sondern auch Beiträge zu einer gesunden Umwelt zu leisten. Ein besonderer Dank geht an alle Mitarbeitenden für die guten Leistungen im vergangenen Geschäftsjahr. Die CVP beantragt dem Rat, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen und dem Verwaltungsrat die Decharge zu erteilen.

Jean-Luc Cornaz (FDP, Winkel): Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht der EKZ einstimmig genehmigen. Sie haben von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen Details und Würdigungen des Geschäftsberichts gehört, ich werde deshalb auf eine mittelfristige Entwicklung hinweisen: Es geht um die kleinen Elektrizitätswerke, welche im Besitz von Gemeinden sind. Im Jahr 2009 haben die EKZ die Werke Wiesendangen, Dürnten, Oberhasli und Truttikon gekauft und in die EKZ integriert. Weitere 45 Kleinwerke sind immer noch in der Hand der lokalen Gemeinden. Da sich die Strommarktliberalisierung wettbewerbsverschärfend speziell auch auf diese kleinen Werke auswirkt, bitte ich die lokalen Gemeindepräsidenten und -behörden zu prüfen, ob sie ihre Werke allenfalls nicht den EKZ verkaufen wollen. Dies sollte in den kommenden fünf Jahren geschehen, um neben einem guten Preis auch die weiterhin hohen Dienstleistungen den eigenen Kunden zu ermöglichen. Die EKZ ihrerseits haben grosse Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die Privatisierungen abgeschlossen und sind in der Lage, die allenfalls zusätzlich gekauften Werke gut zu bedienen und ohne grossen Aufwand in die eigenen Abläufe zu integrieren. Dieser Schritt eines Verkaufs des eigenen Werkes fällt den Gemeinden schwer, ist aber im Hinblick auf die irgendeinmal anstehende Infrastrukturerneuerung wohl unausweichlich, da allenfalls die Versorgungssicherheit in diesen Gemeinden gefährdet ist. Ich bitte die Gemeindepräsidenten, welche ein kleines Dorfwerk im Gemeindebe-

sitz haben, deren mittelfristige Eigentümerstrategie in einer der kommenden Sitzungen zu traktandieren.

In diesem Sinne wünschen wir den EKZ viel Erfolg bei ihrem eingeschlagenen Weg und der Weiterführung der Liberalisierungsschritte und werden den EKZ-Bericht zum letzten Geschäftsjahr genehmigen.

Rolf Sägesser, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Ich danke für die positive Würdigung des Geschäftsberichts und der Tätigkeit der EKZ. Ich danke den Mitgliedern der Kommission für die sehr erspriessliche Zusammenarbeit während des ganzen Jahres. Danken möchte ich auch den Rednern aus den Fraktionen. Ich freue mich natürlich auch über diese positive Stimmung unserem Unternehmen gegenüber. Ich gebe diese Anerkennung aus dem Rat gerne weiter und nehme meinerseits die Gelegenheit wahr, dem CEO und der Geschäftsleitung sowie den Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz zu danken. Gerne danke ich meiner Kollegin und meinen Kollegen im Verwaltungsrat für die gute Zusammenarbeit.

Gerne möchte ich einen kurzen Ausblick geben, wohin die weitere Reise der EKZ geht. Vorerst aber ganz kurz zu zwei, drei gefallenen Stichworten aus den Referaten:

Erstens: Was das langsame Tempo bei der Marktöffnung betrifft, so ist dafür sicher auch der Umstand verantwortlich, dass 80 Prozent oder mehr der Elektrizitätsgesellschaften in öffentlicher Hand sind. Und die öffentliche Hand verhält sich nicht immer nach reinen Marktkriterien. Aber wir sind bereit, wir nehmen das gelassen.

Zweitens: die erwähnte Abhängigkeit von der Axpo. Diese Abhängigkeit ist nicht die schlechteste, wenn ich mir die Alternativen vorstelle. Schliesslich ist die Axpo weitgehend unsere Produktionstochter und alle im Axpo-Verbund arbeiten auf einen verbreiterten Strommix hin. Ich möchte aber daran erinnern, dass allein letztes Jahr die Axpo fünf grössere Projekte im Bereich neuer erneuerbarer Energie nicht realisieren konnte, weil es jeweils auf der letzten Stufe von Gemeindeversammlungen oder Baubewilligungen unmöglich war, durchzukommen, ausser man gehe den Weg von 20 Jahren bis vor Bundesgericht. Das zur Realität.

Dritter Punkt: Spannungsfeld zwischen Stromverbrauch und Sparen. Das war in der Tat so bis vor wenigen Jahren und ist es heute radikal nicht mehr. Alle im ganzen Axpo-Verbund, alle Beteiligten, wir alle

wissen, dass das eingesparte Kraftwerk das wirtschaftlichste ist. Da gibt es kein Spannungsfeld mehr.

Kurz zum Ausblick: Wir bleiben auf dem Weg unserer Strategie. Es gib keinen Grund, die Strategie anzupassen. Ein Ergebnis daraus ist, dass wir im laufenden und in den nächsten vier Jahren überdurchschnittlich hoch investieren, das heisst mehr als 120 Millionen Franken pro Jahr. Die grössten Brocken sind nach wie vor im Netz- und Trafobereich. Hier wird weiterhin in die Erneuerung der Leitungen und Trafostationen investiert und dabei auch der anhaltende Zuwachs an neuen Hausanschlüssen erfasst. Ein wichtiger Nebeneffekt liegt in der Erhöhung der Versorgungssicherheit. Weitere rund 106 Millionen Franken sind für das Programm der Unterwerke eingesetzt. Hier läuft ein aufwendiger Ausbau für die mit der Axpo durchgeführte Umrüstung von 50 Kilovolt auf 110 Kilovolt. Diese Investitionen bedeuten ebenfalls einen Beitrag an die Versorgungssicherheit und reduzieren überdies die Transportverluste. Weiter ist bei den zwei eigenen Flusskraftwerken Pfungen und Dietikon eine Anlagesanierung, inklusive ökologischer Ausgleichsmassnahmen, vorgesehen. Beim Kraftwerk Dietikon ist zudem die Konzessionserneuerung fällig und ein Neubau vorgesehen. Im fünfjährigen Planungshorizont sind dafür vorerst 20 Millionen Franken vorgesehen. Der durch die Markttöffnung bedingte Ausbau des Personalbestandes führt nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch zu zusätzlichem Platzbedarf, welcher zu weiteren Investitionen bei den Liegenschaften in Dietikon führt. Dafür sind jetzt schon 18 Millionen Franken vorgesehen. Ebenfalls eine Zunahme der Investitionen ist bei den Tarifapparaten zu verzeichnen. So ist vorgesehen, ab Oktober 2011 eine neue Generation von Zählern bei den Haushaltskunden einzusetzen, welche die Fernauslösung und damit Smart-Metering ermöglichen. Dafür werden über 30 Millionen Franken veranschlagt. Schliesslich ist davon auszugehen, dass die immer komplizierter und aufwendiger werdenden Prozesse und Anforderungen an die Elektrizitätswerke dazu führen, dass weitere Gemeinden ihre Werke in die EKZ einbringen möchten.

Ausserhalb des Kerngeschäftes sind in dieser Planperiode Investitionen von rund 170 Millionen Franken eingeplant. So bedingte die starke Nachfrage für Wärmecontracting-Anlagen ein Investitionsvolumen von rund 150 Millionen Franken. Darin enthalten ist auch der Zuwachs an Pensen. Im Bereich der neuen erneuerbaren Energien wollen die EKZ, die grundsätzlich nicht in der Stromproduktion aktiv sind, ihren Beitrag leisten und in lokale Projekte sowie in Pilot- und De-

monstrationsanlagen kräftig investieren. Die Mehrjahresplanung zeigt, dass die Investitionsspitze im Jahr 2012/2013 erreicht sein sollte. Die EKZ werden diese Investitionen aus eigener Kraft finanzieren, allerdings durch Abbau von flüssigen Mitteln. Die Energiepreise der Axpo, unserer Vorlieferantin für 97 Prozent des Stroms, werden in den kommenden Jahren an die Bedürfnisse der Investitionen der Produktion nach oben angepasst werden müssen. Die Kosten sind übrigens für sämtliche Produktionsarten der elektrischen Energie stark gestiegen, am meisten für die hydraulische; Wasserzinsen lassen grüssen. Zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung haben die EKZ Verständnis dafür, dass die Axpo ihre Investitionen in die Produktion eigenwirtschaftlich ausführen kann und ihre Energiepreise anheben wird. Die Investitions- und Finanzpolitik der EKZ berücksichtigt somit die Entwicklung unserer vorgelagerten Lieferantin. Die EKZ werden weiterhin in der Lage sein, zu wettbewerbsfähigen und deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt liegenden Preisen sicher und umweltgerecht Strom zu liefern.

Nach diesen paar Ausführungen über die unmittelbare Zukunft danke ich Ihnen noch einmal und bitte Sie, den formulierten Anträgen zuzustimmen.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Bei diesem Geschäft sind zwei Personen im Ausstand, nämlich Martin Mossdorf und Peter Reinhard.

Detailberatung

Titel und Ingress

I., II., III. und IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 144 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2008/2009 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Fraktionserklärung der SP zum Thema «Lärm und volkswirtschaftliche Kosten»

Eva Torp (SP, Hedingen): Übermorgen, am 28. April 2010, findet wieder der Internationale Tag gegen Lärm» statt. Dieser wurde 1996 als «International Noise Awareness Day» in New York ins Leben gerufen. Seit 2005 nimmt auch die Schweiz an diesem Aktionstag teil.

Für die Schweizer Bevölkerung ist der Strassenverkehrslärm die dominierende Lärmquelle. An zweiter Stelle steht der Schienenverkehr, an dritter der Flugverkehr. Die Belästigung durch Lärm ist die am häufigsten wahrgenommene Form der Umweltbelastung. Rund 550'000 Menschen wohnen an Strassen mit Lärmbelastung über dem Immissionsgrenzwert, und dies obwohl wir wissen, dass Lärm unsere Gesundheit massiv belastet. Lärm stört den Schlaf, die Erholung, unsere Kommunikation, unsere emotionale Stimmungslage bis hin zu psychischen Auffälligkeiten, und er stört das Lernen infolge veränderter Aufmerksamkeit. Unser Körper reagiert auf den Lärm mit Stress, veränderten Hormonwerten, Bluthochdruck und erhöhtem Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie frühzeitige Todesfälle. Diese Störungen können auch auftreten, wenn der Lärm nicht bewusst wahrgenommen wird.

Gesamthaft verursacht der Strassenverkehr externe Lärmkosten von rund 870 Millionen Franken. Hier ist also dringender Handlungsbedarf angesagt. Wir von der SP reichen deshalb heute eine Anfrage ein, in der wir konkrete Zahlen zu den vom Lärm verursachten volkswirtschaftlichen Kosten im Kanton Zürich verlangen und wissen wollen, wie der Regierungsrat diese Kosten zu reduzieren gedenkt. Informieren Sie sich über die Aktion vom 28. April 2010. Unter www.laerm.ch finden Sie mehr dazu, zum Beispiel einen ausführlichen und animierenden Leitfaden dazu, was Sie in Ihrer Gemeinde unternehmen können und wie Sie Ihre eigenen Lärmemissionen verringern können.

5. Strassenabwasserbehandlungsanlagen und Fruchtfolgeflächen

Postulat von Michael Welz (EDU, Oberembrach), Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben) und Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) vom 19. April 2010

KR-Nr. 99/2010, Antrag auf Dringlichkeit

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die Dringlichkeit ist gegeben, weil die vom Astra (*Bundesamt für Strassen*) beauftragten Unternehmungen auf Hochtouren weitere Strassenbehandlungsanlagen, SABA, entlang der Nationalstrassen planen, die einen beträchtlichen Kulturlandverschleiss zur Folge haben. Ungeachtet der endgültigen Vernichtung von wertvollen Fruchtfolgeflächen hält das Astra an der Planung von bis zu zwei Hektaren grossen Versickerungs- und Retentionsfilterbecken fest. Für die EDU und die bäuerlichen Kreise ist dies in Anbetracht der Möglichkeit von hervorragenden technischen SABAs, welche einen äusserst geringen Landverlust aufweisen, unverantwortbar.

Aus diesem Grund fordern wir dringlich einen Marschhalt in dieser Kulturlandvernichtung. Wir fordern den Regierungsrat auf, alles daran zu setzen, damit bei der Realisierung von SABA, sei es für die Nationalstrassen oder für Kantonsstrassen, die Fruchtfolgeflächen weitgehend geschont werden und, wo immer möglich, technische Anlagen realisiert werden. Ebenso ist es äusserst stossend, dass das Astra die bundeseigenen Vorgaben bezüglich der Schonung und des Erhalts der Fruchtfolgeflächen ignoriert. So sehen wir uns vom Kanton Zürich gezwungen, im Sinne einer Interessenabwägung Bundesbern seine eigenen Vorgaben vorzuhalten. Nicht nur das Strassenabwasser muss gereinigt werden, sondern es gilt auch im Sinn der Ernährungssouveränität, die Fruchtfolgeflächen zu erhalten. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Ich mache es ganz kurz: Die SP wird die Dringlichkeit unterstützen. Nur ein Kommentar: Im Moment wird hauptsächlich der Angriff auf die Fruchtfolgeflächen durch die SABA erwähnt. Ich möchte deutlich sagen, dass die ganzen Strassenabwasserreinigungsanlagen, die zu toten Tümpeln führen, welche aus den Giftgewässern von Strassen- und Pneuabrieb entstehen, nicht nur die Fruchtfolgeflächen bedrohen oder einschränken. Wir haben analoge Sorgen, wenn es um den Angriff in Richtung Siedlungsraum oder wenn es um die Naturschutzgebiete und hauptsächlich, wie sich jetzt neuerdings beim Nordring gezeigt hat, wenn es um potenzielle Waldrodungen geht. Ich bin sehr froh, wenn dieser Kantonsrat einstimmig zur Dringlichkeit spricht, möchte aber gerne auch den bäuerlichen

Vertretern des Rates ins Gewissen reden, nicht nur an die Fruchtfolgeflächen zu denken, wenn es um die SABA geht. Diese technischen Anlagen sollen in den Strassen, im Strassenraum, in den Verkehrsbauten sein; ich denke hier an die Kreisel, ich denke hier an die Zu- und Abfahrten der Autobahn. Da sollen sie hineingebaut werden – und nicht daneben. Bitte denkt nicht nur an eure Fruchtfolgeflächen, denkt auch an den Siedlungsraum, an den Wald und an die Naturschutzflächen! Die SP wird eindeutig der Dringlichkeit zustimmen.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben): Wer die letzte Richtplan-debatte «Richtplan Versorgung und Entsorgung» noch im Kopf hat, weiss, dass die SVP schon damals die Fruchtfolgeflächen eingehend thematisiert hat. Nun will ich nur noch zur Dringlichkeit sprechen. Warum ist das dringlich? Der Bau dieser Strassenabwasserbehandlungsanlagen ist entlang der Bundesstrassen in Planung und im Bau. Es geht darum, dass der Kanton Zürich seinen Einfluss dort, wo es irgendwie noch möglich ist, beim Astra geltend macht, um auch dort ein Umdenken zu veranlassen. Weiter geht es ja um Planungen von diesen Abwasserbehandlungsanlagen auch bei Kantonsstrassen. Da müsste jetzt dringlich deponiert werden, dass andere Möglichkeiten, soweit dies möglich ist, in Betracht gezogen werden. Darum ist das jetzt dringlich. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Wir schliessen uns den Ausführungen von Michael Welz an und ergänzen: «Je weniger Strassenfläche, desto weniger Strassenabwasser ist zu klären»; das einfach für das nächste Geschäft. Danke.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 130 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Bewilligung eines Rahmenkredits für Regionale Verkehrssteuerungen (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 27. Mai 2009 und geänderter Antrag der KEVU vom 26. Januar 2010 [4603a](#)

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Nun bitte ich Sie, den Lärmpegel ein wenig zu senken und schliessen Sie bitte die Tür. Nicht abschliessen, sondern einfach zumachen. Danke vielmals.

Die Abstimmung zu römisch I der Vorlage 4603a untersteht der Ausgabenbremse.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Im Jahr 1996 gab der Regierungsrat den betroffenen Direktionen den Auftrag, das Strassennetz des Kantons so zu bewirtschaften, dass die Verlustzeiten im öffentlichen Verkehr gering und die Fahrzeiten im motorisierten Individualverkehr verlässlich sind. So wurde das Integrierte Verkehrsmanagement entworfen, das die Grundlagen zur Problemlösung beinhaltet.

Auf dieser Basis wurden vier Kernprodukte mit vordringlichem Handlungsbedarf ermittelt. Eines davon sind Konzepte zu regionalen Verkehrssteuerungen. Ziel der Konzepte ist ein verbesserter Verkehrsfluss auf dem bestehenden Strassenverkehrsnetz. Es steht also nicht der Ausbau des Strassennetzes im Vordergrund, sondern die Bewirtschaftung des bestehenden Netzes. Es soll trotzdem gewisse Ergänzungen des Netzes geben, nämlich dort, wo sich eine Überlastung anders nicht beheben lässt. Die Konzepte wurden in Abstimmung mit den betroffenen Städten und Gemeinden ausgearbeitet. Sie entsprechen den regionalen Gesamtverkehrskonzepten und dem kantonalen Gesamtverkehrskonzept und sind mit dem kantonalen Agglomerationsprogramm abgestimmt.

Der Bund hat die Massnahme in seiner Stellungnahme zum Agglomerationsprogramm gestützt. Mit dem Beschluss der eidgenössischen Räte ist noch dieses Jahr zu rechnen. Die Bundesbeiträge, die zwischen 11 und 12,5 Millionen Franken liegen, werden allerdings erst nach 2015 zur Verfügung stehen. Wegen der bereits bestehenden Engpässe ist für den Kanton allerdings ein Zuwarten wenig sinnvoll.

Die KEVU stimmt in überwiegender Mehrheit dem Rahmenkredit gemäss Vorlage der Regierung zu. In der Diskussion wurden vor al-

lem zwei Dinge klar: Zum einen machen die Massnahmen nach Ansicht der Mehrheit nur als Gesamtpaket Sinn. Zum andern können die Massnahmen gewisse Verkehrsprobleme in den mit der Vorlage avisierten Räumen, vor allem Glatttal und Raum Winterthur, lösen. Es bleiben aber zahlreiche neuralgische Punkte im Kanton – zu denken ist unter anderem etwa an das Problem Gubrist, für die auch noch eine Lösung zusammen mit dem Bund zu suchen ist.

Der Vertreter der Minderheit möchte den Kredit um 10 Millionen Franken kürzen. Konkret soll die Massnahme Nummer 20, Neue Greifenseestrasse, aus dem Rahmenkredit gestrichen werden. Es soll keine neue Hauptstrasse im betroffenen Gebiet geben. Die Mehrheit der KEVU folgt diesem Antrag nicht. Die Massnahme bringt eine Entlastung von 20 bis 40 Prozent des Tagesmittels im zentralen Kreisel in der Industrie Volketswil. Über diesen läuft viel ortsfremder Verkehr, vor allem aus dem Raum Greifensee. Hier soll nun definitiv auch für den strassengebundenen öffentlichen Verkehr Abhilfe geschaffen werden. Denn ein erster Optimierungsversuch mit Kreiseln brachte wenig Erfolg. Die Busse blieben weiterhin im Stau stecken. Die neue Strasse führt auch mitten durch ein Bauentwicklungsgebiet der Stadt Uster und ist bereits in gewissen Überbauungsplanungen. Die Spange ist nach Ansicht der Mehrheit der KEVU ein wichtiges Mosaiksteinchen im Gesamtkonzept.

Ich bitte Sie, dem Mehrheitsantrag der KEVU zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen. Danke.

Antoine Berger (FDP, Kilchberg): Ich kann es gleich vorausschicken, die FDP-Fraktion wird den Rahmenkredit von 60,5 Millionen Franken für eine regionale Verkehrssteuerung bewilligen. Ich persönlich will aber nicht verheimlichen, dass ich über die Regionale Verkehrssteuerung sehr kritisch eingestellt bin. Die Regionale Verkehrssteuerung verspricht nämlich viel. Erstens: Der Verkehr innerhalb der Siedlungsgebiete soll flüssiger werden. Zweitens: Es soll erreicht werden, dass Fahrten mit Bus und Auto berechenbarer und die Fahrzeiten kürzer werden. Drittens: Die Anschlüsse zwischen Bus und S-Bahn sollen gewährleistet werden. Viertens: Nebenstrassen in Siedlungsgebiet werden vom Durchgangsverkehr entlastet. Und schliesslich werde dadurch auch die Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr verbessert. Man vergisst aber immer, dass alles Positive auch eine negative Seite hat. An den Siedlungsgrenzen werden Pufferzonen aufgebaut. Das

heisst: Bei den Autobahnausfahrten vor den Siedlungsgrenzen werden neue Lichtsignalanlagen installiert, um die Menge des ausfahrenden Verkehrs auf die Kapazität der Hauptverkehrsstrassennetze abzustimmen oder einer Buslinie den Vortritt zu gewähren, damit der Bus dann auch pünktlich am Bahnhof ankommt. Dies geht gegen den motorisierten Individualverkehr und wird uns Handwerkern respektive KMU jeden Morgen ärgern, wenn wir in den Pufferzonen warten müssen, um dann endlich mal ins Siedlungsgebiet eingelassen zu werden. Als KMU-Vertreter werde ich ein wachsames Auge darauf haben, wie sich diese Regionale Verkehrssteuerung entwickelt. Werden wir aber mit dieser Regionalen Verkehrssteuerung gepiesackt, werde ich mich vehement wieder für deren Abschaffung einsetzen.

Priska Seiler Graf (SP, Kloten): Das Ziel dieser Vorlage geht eindeutig in die richtige Richtung. Verkehrsflüsse sollen nämlich optimiert werden, und zwar mit wenigen Ausnahmen auf dem bestehenden Strassennetz. Die Gewährung der ÖV-Anschlüsse, weniger Durchgangsverkehr und kürzere Wartezeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger gehören ebenfalls zu den Zielen dieser vorgeschlagenen Projekte. Diese längst fälligen Optimierungen werden zum Beispiel durch neue intelligente, untereinander kommunizierende Lichtsignalanlagen erreicht. Klar, dass Willy Germann, der Urheber des Vorstosses «Elektronik vor Beton» seine helle Freude daran hat.

Es sind aber nicht nur elektronische Massnahmen vorgesehen, sondern auch bauliche, wie zum Beispiel Busspuren und punktuelle Netzanpassungen, also eben neue Strassenstücke. Ein solches ist denn auch die Neue Greifenseestrasse. Obwohl die SP selten begeistert von neuen Strassen ist, hat diese Strasse unserer Meinung nach doch ihre Berechtigung. Sie dient als wichtige Spangenfunktion, die ortsfremden Verkehr der Industrie Volketswil entnehmen kann. Davon profitieren auch die Buslinien. Die geplante Strasse ist richtplankonform und geht durch Bauentwicklungsgebiet. Wir werden daher den Minderheitsantrag der Grünen nicht unterstützen. Es handelt sich bei dieser Vorlage um ein austariertes Gesamtpaket. Wenn ein Mosaikstein herausgeworfen wird, hat das auch Folgen für andere Projekte.

Zum Schluss noch ein Wort zu der in der KEVU geführten Diskussion bezüglich der doch hohen Kosten von 60,5 Millionen Franken: Die geplanten Projekte werden nicht alle gleichzeitig realisiert. Da sie aber ineinander übergreifen, war es nötig, alle geplanten Massnahmen jetzt

schon auszuarbeiten und aufzuzeigen. Diese 60,5 Millionen Franken gehen denn auch vollständig zulasten des Strassenfonds. Damit war das dann doch eher eine müssige Diskussion.

Die SP-Fraktion wird dem Rahmenkredit so zustimmen.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Die CVP unterstützt selbstverständlich diese Vorlage, und zwar ohne Änderung, wir lehnen den Minderheitsantrag von Robert Brunner also ab. Dass die CVP Freude an dieser Vorlage hat, muss ich nicht lange ausführen, Priska Seiler hat das schon angetippt. Die Vorlage ist unter anderem die logische Folgerung aus unserem Postulat namens «Elektronik vor Beton». Die Vorlage wurde damals von der Regierung angekündigt.

Regionale Verkehrssteuerungen sind wichtige Elemente einer intelligenten und umweltfreundlicheren Verkehrspolitik, allerdings eher ein Element der Verkehrsbewältigung und -priorisierung, weniger ein Instrument der Verkehrsvermeidung. Ursachenbekämpfung müsste ja vor allem mit der Raumplanung gemacht werden. Ich werde bei Traktandum 8 darauf zurückkommen, sofern wir dort noch landen.

«Elektronik vor Beton» oder populistischer ausgedrückt «Köpfchen vor Beton», bei der Bahn gilt diese Maxime schon lange, stösst aber mancherorts ohne Neubauten an seine Grenzen. «Köpfchen vor Beton» soll nun vermehrt auch im Strassenwesen gelten. Denn Verkehrssteuerung ist kostengünstiger und raumschonender als Strassenbau, schliesst diesen aber nicht aus. Verkehrssteuerung wird vor allem mit Lichtsignalen betrieben, das versteht sich von selbst. Leistungsbestimmend sind nämlich immer die Knoten. Und hier werden vorerst Prioritäten gesetzt. Das ist also nicht bloss eine technische Angelegenheit, Prioritätensetzung ist auch eine politische, ja emotionale Sache. Konkret: Lichtsignalanlagen an der Stadtgrenze, an der Agglomerationsgrenze können dafür sorgen, dass nur so viel MIV (*motorisierter Individualverkehr*) in die Stadt oder in die Agglomeration fliesst, wie die Kapazitäten des Strassennetzes es zulassen; Zuflussdosierung also. Das ist für die Stadt Zürich nicht neu, wohl aber zum Beispiel für Winterthur.

«Elektronik vor Beton» kann also dafür sorgen, dass Busse Vorrang haben, dass sie ihren Fahrplan einhalten können. Auch die schwachen Verkehrsteilnehmer sollten dank Verkehrssteuerungen nicht weiter an den Rand gedrängt werden. Zu den Schwachen zähle ich auch die vernünftigen Velofahrenden. «Elektronik vor Beton» sorgt zudem für ei-

nen regelmässigen Verkehrsfluss. Und davon profitieren alle. Das heisst ehrlicherweise: langsamer fahren statt «stopp and go». Verkehrssteuerung soll hoffentlich bald auch einmal ermöglichen, den Gewerbeverkehr, Toni (*Antoine Berger*), zu bevorzugen. Da stossen wir aber an die Grenzen kantonaler Verkehrssteuerung. Möglichst rasch sollte eine wirksame Verkehrssteuerung alle Ebenen, von der Autobahn bis zu den Gemeindestrassen, einbeziehen. Das hängt weitgehend vom Bundesrecht ab. Aber eines ist klar: Der Raum ist beschränkt. Wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass das Geschäft ziemlich eilt, denn Regionale Verkehrssteuerungen sollen auch in Aggloprogramme einfliessen. Die Abstimmung mit dem Bund ist allerdings noch nicht optimal. Die Frage der Regionalen Leitzentrale ist meines Wissens noch offen. Es stellt sich auch die Frage, ob dieser Rahmenkredit genügt. Die Antwort ist ganz klar: Es ist bloss ein Anfang. Ich könnte mir vorstellen, dass zum Beispiel das Verkehrskonzept, das der Kanton zusammen mit der Stadt Winterthur ausarbeitet, weitere Gelder für die Verkehrssteuerung auslösen sollte. Das gilt aber auch für andere Ballungsgebiete.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ziel dieser Vorlage ist es, sowohl den motorisierten Individualverkehr wie auch den strassengebundenen ÖV regional so zu steuern, dass man dem Verkehrsinfarkt im Limmattal und Glatttal vorbeugen kann. Der tägliche Stau des motorisierten Individualverkehrs zeigt, dass selbst ein offenbar hoher Leidensdruck wenig Einfluss hat auf die Wahl des favorisierten Fortbewegungsmittels. Die Sorge der Grünen gilt deshalb exklusiv dem strassengebundenen ÖV. Die Bedeutung des Busverkehrs im öffentlichen Verkehr darf auf keinen Fall unterschätzt werden. Und es hat schon seinen Grund, dass wir bei jedem Strategiebericht des ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) einen Antrag dazu machen, es hat auch seinen Grund, weshalb er jeweils angenommen wird. Und konsequenterweise helfen wir hier auch mit, dass die Busse nicht steckenbleiben. Aus dieser Sicht stimmen wir einem Rahmenkredit von 55 Millionen Franken zu.

Im Rahmenkredit von 60,5 Millionen Franken ist aber der Neubau einer Strasse vorgesehen in der Höhe von 5,5 Millionen Franken. Zu diesen 5,5 Millionen haben wir aus mehreren Gründen den Kürzungsantrag gestellt.

Erstens: Er ist in diesem Kredit wesensfremd. Hier wird schlicht eine neue Strasse erstellt. Alle anderen Objekte kommen mehr oder minder mit dem bestehenden Strassenraum aus. Dieses einzige Projekt baut eine neue Strasse.

Zweitens: Mit dieser Strasse wird ein Bauentwicklungsgebiet neu erschlossen. Es handelt sich um eine Erweiterung der Gewerbezone Volketswil in der Gemeinde Greifensee, Nänikon in Richtung Uster. Dieses Gebiet ist heute schon völlig überlastet. Und da kann man sich also schon ernsthaft fragen, wie attraktiv es ist, hier das Gewerbegebiet auszubauen. Und das Ganze macht genau dann Sinn, wenn dieses Gebiet einen eigenen Autobahnanschluss bekommt. Und diese Spange ist der Autobahnanschluss für dieses Gewerbegebiet. Resultat: Der Stau verschiebt sich dann einige Meter weiter Richtung Brüttisellen. Das ist die Folge, mehr nicht.

Drittens: In der Stellungnahme der Volkswirtschaftsdirektion wird argumentiert, dass bei der Streichung dieses Objektes andere Stellen zur Synchronisation des Verkehrs gesucht werden müssen, die aber weniger geeignet sein würden. Wenn wir dann aber die Entlastungswirkung sehen und das Verkehrspotenzial, das wir hier in diesem Gebiet auslösen, dann werden wir doch in wenigen Jahren wieder genau gleich weit sein, wie wir es heute sind. Und wenn wir dann auch noch die vorhandene, bestehende Industriebrache im Kanton anschauen, dann frage ich mich schon, wie sorgsam wir in diesem Kanton mit der Ressource «Boden» umgehen. Muss jetzt wirklich jedes Bauentwicklungsgebiet auch noch überbaut werden oder sollen nicht zuerst die bestehenden Brachen genutzt werden?

Wir beantragen Ihnen, den auf 55 Millionen Franken abgespeckten Rahmenkredit zu überweisen.

Noch zum Geschäft vorher: Sie reden vom Sparen. Sie reden vom haushälterischen Umgang mit Boden. Dann reden Sie nicht nur davon, sondern tun Sie etwas dafür! Danke.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Die Regierung verlangt mit dieser Vorlage Zustimmung zu einem Rahmenkredit zulasten des Strassenfonds für die Umsetzung der Konzepte für die regionale Verkehrssteuerung in den höchstbelasteten Agglomerationsgebieten des Limmattals, Glatttals, Winterthur und Umgebung. Es gehe darum, die Staubildung für den MIV und die Verspätungen des öffentlichen Verkehrs zu minimieren, um damit Anschlusssicherheit herzustellen so-

wie den Schleichverkehr einzudämmen. Es soll die Nutzung der bestehenden Infrastruktur verbessert und eine Verflüssigung erreicht werden. Das alles klingt äusserst sinnvoll, aber es werden leider viele kleinere und mittlere Bauprojekte erstellt. Es heisst, es gehe nicht in erster Linie um Strassenbauten, sondern um Netzergänzungen. Circa 30 Millionen Franken sind aber für Bauten eingesetzt, vor allem für Busspuren, aber auch ein grosses Projekt, die soeben erwähnte neue Strasse zwischen Volketswil und Nänikon. Es geht darum, das Verkehrssystem mit relativ wenig Geld zulasten des Strassenfonds zu verbessern. Und erstaunlicherweise wird immer wieder die Situation des öffentlichen Verkehrs betont. Anscheinend gibt es nur so Mehrheiten für Strassenbauten. Denn wenn wir es genau anschauen, dann heisst es «Regionale Verkehrssteuerung». Aber mehr als die Hälfte des Betrags geht eben in Strassenbauten.

Wir Grünliberalen sind bereit, dieses Gesamtpaket zu akzeptieren, auch wenn wir ein paar grosse Kröten zu schlucken haben. Daher kritisieren wir noch einmal die Neubauten rund um die Industrie Volketswil. Wir wollen aber nicht dogmatisch Nein sagen zu einer Verflüssigung auf dem bestehenden Netz. Dennoch lassen Sie sich gesagt sein: Es wird weiterhin auch mit dem Konzept Stau geben, weil der Verkehr wächst, vor allem der Freizeitverkehr. Die Verflüssigung zieht hier mehr Verkehr an und dadurch entsteht Stau an einem andern Ort. Aus diesem Teufelskreis kommen wir auch mit diesen Massnahmen nicht heraus.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die Vorlage geht in die richtige Richtung. Und solange wir eine Zunahme des Verkehrs und eine Bevölkerungszunahme registrieren, wird es eben auch so sein, dass die ganze Problematik nie abschliessend geregelt werden kann, sondern in einer laufenden Planung ein ewiges oder immer wiederkehrendes Thema sein wird; ein Thema, das uns immer wieder neu beschäftigt. Aber die grundsätzliche Haltung zur Regionalen Verkehrssteuerung, welche eine Verflüssigung des Verkehrs anstrebt und damit ja auch verhindert, dass Staus entstehen Umweltbelastungen können reduziert werden und der öffentliche Verkehr kann gefördert werden –, solange dieses Ziel in einer Synchronisation erreicht wird, stimmt die EVP-Fraktion dem Kredit zu, und zwar dem Gesamtkredit.

Wir sind der Meinung, dass separate Busspuren und Kreisel mit dazu verhelfen, dass wir in Wohnräumen bessere Lebensqualität erreichen,

und dies muss unser Ziel sein, solange, wie gesagt, der Verkehr als solcher nicht reduziert werden kann. Ich habe niemanden hier drin gehört, der sagte «Wir wollen es limitieren und dürfen nicht mehr fahren». In diesem Sinne wird die EVP der Vorlage zustimmen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die einzigen kritischen Fragen in der Kommission kamen eigentlich vonseiten der SVP. Wir waren von der ersten Sitzung an diejenigen, die eine kostengünstige Lösung gefordert haben. Wir mussten aber einsehen, dass es ein Gesamtpaket ist, ein Gesamtkonzept, und dass es keinen Sinn macht, einzelne Teile daraus herauszuberechnen. Wir stehen der Problematik von fehlendem oder veraltetem Strassenraum gegenüber. Die Verkehrsinfrastruktur muss optimaler genutzt werden. Mit dieser Vorlage wird ein erster Schritt zu dieser optimalen Nutzung gemacht. Wir wollen also dem Verkehrsaufkommen gerecht werden, den motorisierten Individualverkehr und den ÖV steuern und lenken.

Wir sprechen schon von einer Bewirtschaftung von Stauräumen. In diesem Zusammenhang bin ich froh um das Votum von Antoine Berger, denn er hat das schon auf den Punkt gebracht: Wir dürfen das Gewerbe nicht vergessen, die Dienstleister, die eingebunden werden müssen und die nicht in solchen Stauräumen versauern dürfen. Wir versuchen also jetzt eine kostengünstige Lösung aufzugleisen. Diese wird sich erst am Erfolg messen. Weitere Brocken werden folgen und wer jetzt fehlende Teile im Limmattal sieht oder im Säuliamt oder im Weinland, der hat schon recht. Im Moment haben wir eine Geländekammer angeschaut und das Schlimme, eigentlich die Schwachstelle der ganzen Vorlage, ist der Fleck «Stadt Zürich», der immer noch weiss ist für den Kanton und mit seiner verkehrsfeindlichen Politik die Auswirkungen bis weit in die Agglomeration hinaus beeinflussen wird. Die starke Verkehrsentwicklung – das muss man sagen – ist auch im Bereich ÖV. Und der ÖV beansprucht immer mehr Strassenraum. Diesen Strassenraum finanziert er aber nicht selbst. Und darum hoffe ich, dass die Linken und die Grünen, die jetzt dieser Vorlage zustimmen, auch wissen, dass der ÖV profitiert, der strassengebundene ÖV, und dass die Umverteilungsphilosophie auf der anderen Ratseite aufhört.

Wir von der SVP versprechen uns vor allem, dass es eine Verkehrsverflüssigung gibt. Wir werden dieses Versprechen auch sicher überprüfen. Darum kommt vonseiten der SVP eine kritische Zustimmung.

Wir können aber nur dem stimmigen Ganzen, also dem Gesamtkonzept, zustimmen. Und wir lehnen den Minderheitsantrag, der einen kleinen Teil herausbrechen will, ab. Sollte der Minderheitsantrag obsiegen, wird die SVP-Fraktion die gesamte Vorlage ablehnen.

Martin Mossdorf (FDP, Bülach): Ich habe eigentlich nur eine Frage, und zwar geht es mir um die Beitragszahlung des Bundes: Weiss man heute mehr darüber? Sind es nun 35 Prozent oder 40 Prozent?

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Wir sind uns sicher alle einig, das kantonale Zürcher Strassennetz muss nicht nur optimal durch neue Elemente ergänzt werden, sondern es muss auch die bestehende Strasseninfrastruktur optimal genutzt werden. Insbesondere in den Räumen mit dieser grossen Verkehrsdichte, die wir haben, kann eine effizientere Nutzung durch verkehrssteuernde Massnahmen erreicht werden. Eines der prioritären Ziele des Regierungsrates ist dabei die zuverlässige Einhaltung der Fahrpläne des strassengebundenen öffentlichen Verkehrs, der Busse also. Zudem sollen für alle Teilnehmer des motorisierten Individualverkehrs eventuelle Stauzeiten möglichst gering gehalten werden.

Bereits 1996 hat der Regierungsrat mit dem Massnahmenplan Lufthygiene beschlossen, dass ein Konzept zur Bewirtschaftung des kantonalen Strassennetzes erarbeitet werden soll, mit dem Ziel: geringe Verlustzeiten beim strassengebundenen öffentlichen Verkehr und verlässliche Fahrzeiten für den motorisierten Individualverkehr. Ich erinnere mich gut an diese Zeit, ich war Polizeidirektorin, und wir haben damals von 10 Millionen Franken gesprochen. Wir haben uns zu dritt darüber gestritten, könnte man sagen, aber es waren Männer dabei, also haben wir politisiert darüber (*Heiterkeit*), wer denn wohl diese 10 Millionen Franken in seinem Budget aufnehmen soll. Diese Konzepte der Regionalen Verkehrssteuerungen sind daraus hervorgegangen. Sie wurden unter Berücksichtigung der Anschlüsse an das Hochleistungsstrassennetz in enger Abstimmung mit den betroffenen Städten und Gemeinden erarbeitet. Für die Gebiete mit besonders stark belastetem Strassennetz im Zuständigkeitsbereich des Kantons, nämlich, Sie kennen es alle, die Limmattalbahn, nein, das Limmattal – lieber Willy Haderer, ich bin schon bei deiner Bahn (*Heiterkeit*) –, das Glatttal und die Umgebung von Winterthur, wurden solche RVS-Konzepte erstellt. Mit ihnen soll der Verkehrsfluss optimiert werden. Wo ein Ausbau

des Strassennetzes möglich ist, kann dieser auch mit den kurzfristig realisierbaren RVS-Massnahmen noch realisiert werden. Mit den Massnahmen zur Regionalen Verkehrssteuerung kann ausserdem durch die Verringerung der Stauzeiten und der Konzentration der Stauräume ausserhalb der Zentren ein Beitrag zu dem vom Regierungsrat bereits definierten Ziel der Luftreinhaltung geleistet werden. Die Konzepte sind abgestimmt auf das kantonale sowie auf die regionalen Gesamtverkehrskonzepte.

Der Regierungsrat hat die RVS-Konzepte in das kantonale Agglomerationsprogramm zuhanden des Bundes einfliessen lassen, der diese in seiner Stellungnahme stützt. Aber noch sind die Beitragssätze nicht bekannt und nicht definitiv. Je nach Beitragssatz kann mit einem Beitrag des Bundes von entweder rund 11 Millionen Franken beziehungsweise 12,5 Millionen Franken gerechnet werden. Mit dem Beschluss der eidgenössischen Räte ist dieses Jahr noch zu rechnen. Allerdings hat der Bund auch erklärt, dass aufgrund der finanziellen Situation des Infrastrukturfonds die Gelder nicht vor 2015 zur Verfügung stehen sollen. In den Gebieten, für welche die RVS-Konzepte erstellt wurden, bestehen aber bereits heute erhebliche Engpässe. Ein weiteres Zuwarten ist daher nicht sinnvoll. Der Handlungsbedarf besteht jetzt und nicht erst ab 2015. Der Verkehr wird zudem in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen.

Robert Brunner verlangt die Reduktion des Rahmenkredits um 5,5 Millionen Franken, also um den Beitrag für das Projekt der Neuen Greifenseestrasse; ich spreche auch dazu gerade jetzt. Für die Umsetzung der RVS-Massnahmen sind punktuelle bauliche Massnahmen unumgänglich. Die Spangenverbindung von der Greifenseestrasse an die Zürichstrasse ist die einzige grössere Massnahme, die im Rahmen der RVS notwendig ist. Auch dadurch wird eine effektive Entlastung der Greifenseestrasse und der Industriestrasse möglich. Damit können künftig die Buslinien 720 und 725 auf der Industriestrasse verzögerungsfrei verkehren. Ausserdem wird für die geplante Busverbindung auf der Greifenseestrasse der notwendige Freiraum geschaffen. Ich habe mich entschieden und dem Regierungsrat beliebt gemacht, dem Kantonsrat das gesamte koordinierte Paket vorzulegen und nicht einzelne kleine Massnahmen mit Häppchen von weniger als 3 Millionen Franken Kosten einfach zu realisieren. Ich will ein solches Konzept vom Parlament getragen wissen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat deshalb, den Rahmenkredit für die Umsetzung der Massnahmen der nächsten Jahre der Re-

gionalen Verkehrssteuerung in der Höhe von insgesamt 60,5 Millionen Franken zu bewilligen. Ich bedanke mich für Ihr Verständnis.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Robert Brunner:

I. Für die Umsetzung der Konzepte für die Regionale Verkehrssteuerung in den Gebieten Limmattal, Glatttal sowie Winterthur und Umgebung (ohne die Städte Zürich und Winterthur) wird ein Rahmenkredit von Fr. 55'000'000 bewilligt.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag von Robert Brunner mit 122 : 27 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) ab.

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Es gibt gleich nochmals eine Abstimmung. Bitte nicht gleich aus dem Saal rennen!

Wir stellen nun fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern. Es braucht mindestens 91 Stimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 151 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage 4603b zuzustimmen. Damit ist das Quorum von 91 Stimmen erreicht.

II., III., IV. und V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktritt aus der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen von Bruno Walliser, Volketswil

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Es ist ein Rücktrittsschreiben eingegangen.

Ratssekretär Bernhard Egg verliest das Rücktrittsschreiben: «Rücktritt aus der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen des Kantons Zürich von Bruno Walliser.

Ich werde auf heute aus der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen austreten. Ich habe eine neue Aufgabe in einer Regionalbank übernommen, welche nach meiner Ansicht nicht vereinbar ist mit der Aufsicht der Zürcher Kantonalbank.

Ich danke der Aufsichtskommission und ihrer juristischen Sekretärin Karin Tschumi für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wünsche den wirtschaftlichen Unternehmen des Kantons Zürich weiterhin viel Erfolg.

Freundliche Grüsse, Bruno Walliser.»

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Nicolas Galladé, Winterthur

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Sie haben am 12. April 2010 dem Rücktrittsgesuch von Nicolas Galladé stattgegeben. Heute nun ist dieser Tag des Rücktritts gekommen.

Ratssekretär Bernhard Egg verliest das Rücktrittsschreiben: «Rücktritt aus dem Kantonsrat von Nicolas Galladé.

Nach meiner Wahl in den Stadtrat von Winterthur ist es mir leider aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich, Mitglied des Kantonsrates zu sein. Ich werde deshalb auf Ende Amtsjahr respektive zur fristgerechten und fließenden Ablösung durch meine Nachfolge aus dem Kantonsrat zurücktreten.

Ich danke für die lehrreichen und interessanten drei Jahre, die ich mit Ihnen in diesem Rat verbringen durfte, und freue mich auf ein Wiedersehen mit Ihnen bei offiziellen, inoffiziellen und informellen Anlässen.

Herzliche Grüsse, Nicolas Galladé.»

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Nicolas Galladé ist nach den Gesamterneuerungswahlen von 2007 für die SP der Stadt Winterthur, die er damals auch präsidiert hatte, in den Kantonsrat gewählt worden. Bereits ein knappes Jahr später wählte ihn seine Fraktion zu ihrem neuen Fraktionschef. Seither ist er auch Mitglied der kantonsrätlichen Geschäftsleitung.

Als begeisterter Fan des FC Winterthur agierte er in der Funktion als Trainer der SP-Fraktion mit viel taktischem Geschick. Nicolas Galladé ist bekannt für seine Debattierfreude und Schlagfertigkeit. Und immer wenn es brenzlich wird, dann hält er den Ball tief. Als «Animal politique» ist er zudem sehr gesellig und der harte politische Verdrängungskampf scheint ihn zu beflügeln. Seinen persönlichen thematischen Schwerpunkt setzt der vormalige Projektleiter der SP Schweiz in der Sozialpolitik.

Fortan wird sich Nicolas Galladé nun wieder auf kommunaler Ebene für Chancengleichheit stark machen. Nach seiner souveränen Wahl in die Exekutive von Winterthur steht er ab dem übernächsten Mittwoch dem Winterthurer Sozialdepartement vor. Nicolas Galladé hat damit in jungen Jahren ein weiteres politisches Spitzenamt erklommen. Wenn Nicolas Galladé in diesem Tempo weitermacht, dann wird sich die Exekutive Winterthur nicht lange über das neue Regierungsmitglied freuen können und die amtierenden Regierungsleute auf kantonaler und nationaler Ebene dürften entsprechend gut beraten sein, wenn sie sich trotz des aufkommenden Frühlings weiterhin warm anziehen (*Heiterkeit*).

Heute will ich dir nun aber zunächst herzlich für deinen bisherigen Einsatz zugunsten unseres Kantons danken. Für dein neues Amt wünsche ich dir viel Geschick und frohes Schaffen. Angesichts deines fei-

nen politischen Instinktes sowie deiner festen Verankerung im kulturellen und sportlichen Leben Winterthurs startest du, lieber Nicolas, zweifellos mit besten Karten in die neue Herausforderung. Ich wünsche dazu viel Glück. (*Kräftiger Applaus.*)

Verabschiedung von Regierungsrätin Rita Fuhrer

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Rita Fuhrer wird ihre Regierungstätigkeit am kommenden Freitag formell beschliessen. Ich freue mich, sie ein letztes Mal hier im Rat willkommen zu heissen. Man kann 15 Jahre politisches Schaffen nicht in einer kurzen Laudatio zusammenfassen. Deshalb beschränke ich mich auf eine von mir priorisierte Essenz.

Mit ihrer Wahl in den Regierungsrat im Frühjahr 1995 sicherte sich Rita Fuhrer als erste bürgerliche Frau einen Sitz in unserer Kantonsregierung. Und nach der Ämterverteilung stand fest, dass die damalige Polizei- und Militärdirektion erstmals eine weibliche Führung erhielt. Mit 41 Jahren war Rita Fuhrer am einstweiligen Höhepunkt der politischen Laufbahn angelangt. Begonnen hat Rita ihr politisches Schaffen als Präsidentin der Oberstufenschulpflege Pfäffikon. Unter ihrer Ägide traf man sich jedenfalls nicht für Klausuren im Hotel Bad Ragaz; das hätte sie nie geduldet.

In den ersten Amtswochen von Rita Fuhrer als Polizeidirektorin drangen Unregelmässigkeiten innerhalb der Kantonspolizei an die Öffentlichkeit. Verfehlungen bei der Verwendung von Korpsmaterial sowie bei der Beschaffung von Fahrzeugen und technischen Einrichtungen weiteten sich innerhalb kurzer Zeit zu einer eigentlichen Polizeiaffäre aus. Dem Krisenmanagement Rita Fuhrers hat später auch die eigens eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission gute Noten ausgestellt. In der Öffentlichkeit ist gerade auch der Umstand anerkennend gewürdigt worden, dass Polizeidirektorin Rita Fuhrer bei der Neuordnung des Korps nicht etwa auf ein Bauernopfer gesetzt, sondern vielmehr gerade auch auf der obersten Kommandoebene Remedur geschaffen hat.

Ganz allgemein ist der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben, dass sich Rita Fuhrer in der vermeintlichen Männerbastion der damaligen Polizei- und Militärdirektion sehr zu Hause gefühlt hat. Sie begleitete Polizistinnen und Polizisten bei Ernstkampfeinsätzen und strahlte bei den offiziellen Feiern zur Entlassung aus der Dienstpflicht mit unzähligen Wehrmännern um die Wette. Ihre ausgeprägte Intuition für das

politisch Machbare, ihre Schaffens- und Überzeugungskraft sowie ihre kommunikativen Stärken haben Rita Fuhrer bei den Gesamterneuerungswahlen von 1999 das beste Resultat eingetragen. Und bereits das Amtsjahr 2000/2001 brachte ihr mit der erstmaligen Übernahme des Regierungspräsidiums einen nächsten Höhepunkt.

Nach der Ämterrochade im Jahr 2004 übernahm sie das Flughafen-dossier, Stichwort «Fluglärmstreit». Im festen Wissen um die Tatsache, dass auf dem Spielfeld der Flughafenpolitik dauerhaft konträre Interessen aufeinanderprallen, beendete Rita Fuhrer das bisherige Mediationsverfahren und beschränkte den sogenannten «Runden Tisch» auf seine gesetzliche Funktion als Konsultationsorgan. Das Flughafen-thema ist heikel und Rita Fuhrer scheute weder harte Diskussionen, noch gab sie klein bei.

Sie hat regiert und ging dabei immer auch das Risiko ein, sich unbeliebt zu machen. Hervorstreichen möchte ich ihre Verdienste um den markanten Ausbau des Nachtangebotes des ZVV, ihr Einstehen für eine starke Stellung des Kantons Zürich im Standortwettbewerb sowie die hartnäckige Vertretung der Zürcher Interessen gegenüber den Bundesbehörden. In die Pflicht hat Rita Fuhrer den Bund etwa bei der Finanzierung der neuen Durchmesserlinie genommen, einem zukunftsweisenden Vorhaben, welches in seiner Gesamtheit stets eng mit dem Namen unserer scheidenden Volkswirtschaftsdirektorin verbunden sein wird. Und was mich als Grüne natürlich besonders freut: Rita Fuhrer hat mit ihrem Veloförderprogramm die beste Vorlage ihrer Amtszeit abgeliefert. Bravo! (*Heiterkeit.*)

Seit etwas mehr als einem Jahr musst du nun eine unglaubliche Folge von gesundheitlichen Einschnitten verkraften. Wer um deinen Taten-drang weiss, wird sich gut vorstellen können, wie schwer es dir gefallen ist, kürzer treten zu müssen. Dass das politische Feuer in dir noch immer brennt, ist auch in den letzten Monaten verschiedentlich sehr deutlich geworden. Erst kürzlich hast du dich mit deinem überzeugten Sukkurs für den Brüttenertunnel einmal mehr für eine nachhaltige Verkehrspolitik ins Zeug gelegt.

Im Namen des Kantonsrates und unserer Bevölkerung danke ich dir für dein Wirken zugunsten des Standes Zürich. Ich wünsche dir, dass du dein Strahlen in eine unbeschwertere Zukunft retten kannst. Die höchste Auszeichnung, die der Kanton Zürich zu vergeben hat – es ist der Silberne Löwe –, soll unseren Respekt und unsere Anerkennung symbolisieren. Der Löwe ist Sinnbild für ruhende Kraft und Selbstver-

trauen. Das wünsche ich dir auch für die Zukunft. (*Lang anhaltender, kräftiger Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Regierungsrätin Rita Fuhrer den Silbernen Löwen des Kantonsrates.*)

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Nach der Verabschiedung und Würdigung unserer Regierungsrätin durch die Kantonsratspräsidentin darf ich im Namen der SVP-Kantonsratsfraktion unserer abtretenden Regierungsrätin ein Wort des Dankes und der Anerkennung sprechen.

Ausführlich wurden soeben wichtige Abschnitte aus der Regierungstätigkeit unserer Regierungsrätin beleuchtet. Rita Fuhrers hohe Leistungsbereitschaft stand im Kern ihres politischen Wirkens. Als äusserst engagiertes Mitglied in unserer Fraktion führten diese Wurzeln zu einer vorbildlichen und stabilen Verankerung in unserer Fraktion. Rita Fuhrer war der Kontakt zur Fraktion sehr wichtig. Es war nicht der Ort, um sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen. Nein, es war der Ort des dauernden Prozesses im Austausch von Argumenten und politischer Einschätzung. Diese Abstimmung war in unseren Reihen immer durchsetzt von leichter bis schwieriger politischer Kost. Rita Fuhrer stellte sich unermüdlich und konsequent den unterschiedlichsten Fragestellungen in der politischen Arbeit und stellte das Wohlbefinden von Bürgerinnen und Bürgern in den Vordergrund. Daraus entstanden kräftige Wurzeln und ein ausgezeichnetes Fundament, um den wechselnden Stürmen in der Politik standzuhalten. Rita Fuhrer führte diesen Prozess mit vorbildlichem persönlichen Einsatz, überzeugte durch vertiefte und fundierte Fachkenntnisse und verstand es ausgezeichnet, die Zusammenhänge verständlich zu kommunizieren.

Mit den 15 Jahren Regierungstätigkeit von Regierungsrätin Rita Fuhrer blickt unsere Kantonsratsfraktion auf eine intensive, konstruktive und gefreute Zusammenarbeit zurück. Wir danken dir, Rita, für dein Engagement zum Wohle unseres Kantons, für dein Wirken um die Wahrung der Interessen unseres Wirtschaftsraums weit über die Kantonsgrenzen hinweg bis auf die Bundesebene. Die SVP-Kantonsratsfraktion ist dir, liebe Rita, zu grossem Dank verpflichtet. Sie wünscht dir auf deinem Weg zu den neuen Herausforderungen vorab gute Gesundheit, viel Glück und Erfolg. Als äusseres Zeichen der heutigen Verabschiedung in diesem Parlament überreiche ich dir im Namen der Kantonsratsfraktion einen Blumenstrauss. Herzlichen

Dank. (*Kräftiger Applaus. Hans Frei überreicht Regierungsrätin Rita Fuhrer den Blumenstrauss.*)

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Es ist eine schwere Aufgabe, jetzt zu sprechen. Aber ich möchte Ihnen ganz herzlich danken, liebe Frau Präsidentin und lieber Fraktionspräsident, für die sehr freundlichen, für die wohlwollenden und auch die warmen Worte, für die Würdigung meiner politischen Tätigkeit und für die ehrlichen Genesungswünsche. Ich freue mich sehr darüber. Und ich freue mich sehr, dass ich hier in Ihrer Kantonsratssitzung verabschiedet werde.

Es gilt zurzeit oft für mich Abschied zu nehmen, von vielen Gremien, in denen ich mitgearbeitet habe; zu oft eigentlich, denn Abschied tut weh. Trotzdem freue ich mich jedes Mal auch, wenn ich ein solches Erlebnis habe. Und ich freue mich auch, dass ich von meinen Mitarbeitenden an ihrem Mitarbeiteranlass verabschiedet werden soll. Sie haben diesen Anlass, der in den Direktionen und Ämtern jährlich stattfindet, so terminiert, dass ein gleichzeitiges Abschiednehmen möglich wird. Und ich habe mich sehr über diese Geste gefreut und sie gerne angenommen. Mein Mann und meine drei Söhne werden die einzigen persönlichen Gäste sein.

Ich verlasse den Regierungsrat des Kantons nach 15 Jahren Zugehörigkeit auf Ende dieses Monats, ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Und das fällt nicht leicht. Ich hätte gern noch ein Jahr in der Regierung verbracht und einige der anstehenden Geschäfte weiter betreut. Ich werde sie nun meinem Nachfolger übergeben. An der Revision des Strassengesetzes zum Beispiel habe ich lange gearbeitet und viele Gespräche dazu geführt. Ich hätte gern in der kantonsrätlichen Kommission und später im Plenum dieses Geschäft vertreten. Trotzdem würde ich einer Illusion erliegen, wenn ich meinte, dass ich im Laufe des nächsten Jahres noch alle pendenten Geschäfte hätte abschliessen können. Auch nach einem weiteren Jahr in der Regierung wäre meine ganz persönliche politische Traktandenliste ja nicht einfach leer gewesen. Denn Politik, wie ich sie verstehe, ist ein Prozess; ein Prozess, der nicht beginnt und endet mit Legislaturen und mit Amtsdauern, sondern eher mit dem Bau eines riesigen Hauses verglichen werden kann. Als Regierungsrätin stand ich auf der Baustelle und koordinierte viele einzelne Vorhaben. Dieses Haus ist niemals fertig. Immer öffnen sich neue Möglichkeiten zu verbessern und zu verändern, anzubauen, zu reparieren und auch zu renovieren. Die Vor-

stellung, dieses Haus jemals vollständig gebaut zu haben, erweist sich deshalb sehr schnell als Illusion.

Diesen Werkplatz verlasse ich nun. Ich übergebe die Verantwortung meinem Nachfolger. Einige Geschäfte sind so frisch, dass ich ihm die Maurerkelle übergebe, mit der ich eben noch Mörtel für einen frisch gesetzten Backstein glattgestrichen habe. Sie wissen, dass die politische Arbeit von niemandem allein getan werden kann. Das lässt unser System der geteilten Verantwortung durch Exekutive und Legislative auch gar nicht zu. Und es wären auch keine guten Lösungen zu finden, wenn einsam gesucht und einsam entschieden würde. Beim Haus der Zürcher Politik gehören Sie, sehr geehrte gewählte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, zu den Spezialisten für den Bau. Und nur gemeinsam gelang es uns in den vergangenen Jahren, wichtige politische Geschäfte zu realisieren. Es gehört grundsätzlich zum politischen Handwerk, Mehrheiten zu suchen. Und gemeinsam mit vielen von Ihnen habe ich Mehrheiten gesucht und gefunden, wenn auch nicht immer. Die Arbeit, die Sie in diesem Rat tun, ist wichtig. Ich freue mich deshalb, wenn Sie Ihren vom Wähler gegebenen Auftrag weiterhin mit so viel Engagement und so viel spürbarer Lust im Dienste und zum Wohle des Kantons Zürich ausüben.

Ich selbst habe während der 15 Jahre im Regierungsrat meine Lust an der Politik nie verloren. Jedes Geschäft, das ich aktiv steuern konnte, und jedes Geschäft, das mir zur Beurteilung vorgelegt wurde, habe ich mit Freude angegangen. Das Faszinierende an meinem Beruf war die Möglichkeit, gestalten zu können, das Zusammenleben in unserem Kanton gestalten, die Zukunft der Kinder im Kanton Zürich, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, das war es, was mir die Arbeit zur Lust gemacht hat.

Und nun bin ich krank geworden. Und obwohl die Lust noch da ist, die Freude an der Arbeit nicht versiegen mag, fehlen im Moment die Energiereserven, die ein solches Amt braucht. Mir wurde in den letzten Wochen immer wieder die Frage gestellt, ob das Amt eines Regierungsrates und einer Regierungsrätin krank macht. Nein, das Amt hat mich nicht krank gemacht. Es hat mich vielmehr gestärkt und es hat mich beflügelt. Ich habe die politische Arbeit immer sehr gerne gemacht. Sie hat mir auch Lebensfreude gegeben. Und wenn jemand zu mir sagt, dass ich nun endlich zu mir schauen soll und nur noch das tun, was ich sicher schon lange tun wollte, dann antworte ich: Ich habe während der letzten 15 Jahre genau das gemacht, was ich immer machen wollte. Und es machte mir umso mehr Freude, als ich in einem

Kanton Politik betreiben konnte, in dem politische Anliegen mit grossem Ernst, aber oft auch mit der angemessenen Portion Unbeschwertheit verhandelt wurden.

Ob meine Arbeit Schlagzeilen generierte oder nicht, war für mich nicht massgeblich. Manchmal allerdings wurde die Arbeit dadurch sehr erschwert. In einem Politikfeld, das ständig der medialen Beobachtung unterliegt, darf man sich keinerlei Unsicherheit erlauben. Andererseits darf auch die Zeit nicht beansprucht werden, die nötig wäre, um die Unsicherheiten auszuschliessen. Diese Zwickmühle kennen Sie alle auch. Manchmal hätte ich mir gewünscht, die Medien wären geduldiger gewesen und hätten auch einmal davon abgesehen, eine Schlagzeile um der Schlagzeile willen zu bringen. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, haben wir dafür in meinen Direktionen die alltägliche Arbeit geleistet, die nicht schlagzeilenträchtig war, die Menschen im Kanton Zürich aber wirklich weiterbringt. Nur ein Bruchteil davon wurde zur Kenntnis genommen. Das hat uns nicht weiter gestört.

«Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann», vor allem, wenn schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen, die schon lange anstehen. Alle Kritik kann man aber nicht darunter subsumieren. Nein, ich kann nicht 15 Jahre lang alles richtig gemacht haben. Fehler sind vorgekommen, auch bei meiner Arbeit. Kritik ist in diesen Fällen angebracht und ich habe sie dann auch gerne angenommen, wenn sie ehrlich gemeint war und auch noch Bestand hatte, wenn niemand anders mehr zuhörte.

Verehrte Damen und Herren Kantonsräte, ich werde diese politische Arbeit sehr vermissen. Ich werde auch die sachliche Auseinandersetzung hier im Rat vermissen, die Diskussionen über Details in den Kommissionen und die kleinen, aber wertvollen Gespräche am Rande der Politik mit vielen von Ihnen. Ich werde meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermissen, die dafür gesorgt haben, dass die Verwaltungsarbeit erledigt wird, und alle diejenigen, die mit mir die neuen politischen Geschäfte diskutiert und nach Lösungen gesucht haben. Ich werde die vielen Menschen, die mir begegnet sind, die Gesprächspartner aus Wirtschaft und Politik vermissen und ich werde sogar ab und zu spüren, dass mir die Medien fehlen (*Heiterkeit*). Ich werde mich nun darauf konzentrieren, gesund zu werden. Mein Mann sitzt auf der Tribüne. Er hat mich all die Jahre wunderbar begleitet und er freut sich jetzt, dass ich mir etwas mehr Ruhe gönnen werde, um die Therapien gut zu bewältigen. Ich werde die gewonnenen Freundschaft-

ten pflegen und ich werde mehr Zeit für meine Familie haben. Ein weiteres Enkelkind wird nächste Woche zur Welt kommen. Und dann, wenn ich wieder gesund bin, dann werde ich sicher etwas Neues finden, wofür ich mich ehrlich und freudvoll einsetzen kann.

Ich danke Ihnen. Ich danke Ihnen allen für alles. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen zu einem lang anhaltenden kräftigen Applaus.)*

Einladung zum Apéro

Ratspräsidentin Esther Hildebrand: Bevor ich zur Bilanz des heutigen Tages komme, freut es mich, dass ich Sie anlässlich meiner letzten Sitzung als Präsidentin jetzt zu einem Apéro einladen darf. Es ist ein Apéro der besonderen Art. Der Paprika Catering Service ist nämlich ein Frauenunternehmen. Die Teilnehmerinnen sind vorwiegend Frauen mit Migrationshintergrund. Sie kommen aus den verschiedensten Ländern und bringen ihre Kochkultur mit. Ich wünsche Ihnen «en Guete» und lade alle Ratsmitglieder und Gäste auf der Tribüne zu diesem Apéro ein.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **Verbot von Kinderprostitution/Erlass von Jugendschutzmassnahmen**

Motion *Nicole Barandun (CVP, Zürich)*

– **«General Guisan – Widerstand nach Schweizer Art» an der Volksschule**

Postulat *Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)*

– **Massnahmen zugunsten von Lernenden mit Dyslexie/Legasthenie**

Interpellation *Ruth Kleiber (EVP, Winterthur)*

– **Aufnahmeprüfung ins Kurzgymnasium**

Anfrage *Markus Bischoff (AL, Zürich)*

– **Volkswirtschaftliche Kosten durch Lärmbelastungen**

Anfrage *Eva Torp (SP, Hedingen)*

– **Wird mit ideologisch gefärbter Propaganda der motorisierte Strassenverkehr bekämpft? Widersprüchliche Begründungen für Schikanen beim motorisierten Strassenverkehr!**

Anfrage *Adrian Bergmann (SVP, Meilen)*

10954

Schluss der Sitzung: 11.45 Uhr

Zürich, den 26. April 2010

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 10. Mai 2010.